

Symworking

Aktuelle wirtschaftliche Einschätzung

2. Auflage 2021/2022 Stand 1.1.2022 mit Ergänzung
„Update vom 24.2.22“ auf Seite 48 bis Seite 55



Kommentar

Das Jahr 2021

Das Jahr 2021 stand erneut im Zeichen der Corona-Pandemie: Im Januar nahm die Impfkampagne in Deutschland langsam Fahrt auf und nach anfänglichen Bestell- und Lieferschwierigkeiten konnten bis zum Herbst rund zwei Drittel der Bevölkerung doppelt geimpft werden. Nach einer deutlichen Entspannung und zahlreichen Öffnungsschritten im Sommer, schlug Corona dafür im Herbst mit umso größerer Wucht zu: Die Zahl der Infektionen erreichte neue Höchststände. Mittlerweile hat ein Großteil der Bevölkerung bereits den sogenannten Booster und weitere Impfungen werden diskutiert. Die Pandemie hatte jedoch nicht nur Einfluss auf unsere Gesundheit, sondern traf auch die Wirtschaft hart: Deutschland rutschte in eine Rezession, die Einzelhandelsumsätze brachen ein und die Inflation stieg immens.

Die Politikwelt war von zahlreichen Wahlen und Veränderungen geprägt: Den Anfang machte der Sturm aufs US-Kapitol, der weltweit für Entsetzen sorgte, den Amtsantritt von Joe Biden als neuen US Präsidenten jedoch nicht verhindern konnte. Großen Raum in der deutschen Politik nahm der Wahlkampf für den 20. Bundestag ein: Nach einem Kopf-an-Kopf-Rennen der Parteien konnte sich im September die SPD mit Olaf Scholz als stärkste Kraft durchsetzen. Als Folge wurde eine Ampel-Koalition aus

SPD, Grünen und FDP gebildet. Damit endete die 16-jährige Amtszeit von Angela Merkel mit einem Großen Zapfenstreich.

Natürlich gab es auch Positives aus dem Jahr zu berichten: Die Fußball EM konnte als europäisches Fußballfest stattfinden und die Kinos konnten wieder öffnen – sie fanden mit dem neuesten Bond auch den entsprechenden Blockbuster. In Deutschland wurden 1.700 Jahre jüdisches Leben gefeiert, das Humboldt-Forum in Berlin eröffnet und mit Benjamin List und Klaus Hasselmann konnten zwei Deutsche den Nobelpreis für Chemie und Physik gewinnen.

Auf der internationalen Bühne gab es mit der Weltklimakonferenz und dem G7-Gipfel in St. Ives, auf dem eine globale Mindeststeuer beschlossen wurde, zwei Großevents.

In unserem Jahresreport 2021/2022 haben wir aktuelle Informationen und unsere wirtschaftlichen Analysen des Jahres 2021 sowie unseren Ausblick für die kommenden Jahre für Sie zusammengestellt. Auf Quellenangaben haben wir aus Gründen der Lesbarkeit verzichtet. Ein Quellenverzeichnis kann bei den Autoren angefordert werden. Auch stehen die Autoren bei Rückfragen und Diskussionen gerne zur Verfügung.

Die Autoren

Serviceline Invest



Michael Lobmeier

- Servicelinemanager
- Serviceline Invest
- Leiter Corporate Finance/ M&A

Michael Lobmeier verbindet einschlägige Erfahrung im internationalen Beratungsumfeld sowie im M&A Bereich durch seine mehrjährige Tätigkeit bei Deloitte Consulting als Senior Consultant mit Erfahrungen aus dem Mittelstand als Geschäftsführer der comit consulting GmbH. Er studierte Betriebswirtschaft mit den Schwerpunkten Immobilien und Unternehmensfinanzierung. Parallel absolvierte er eine Ausbildung zum Bankkaufmann.



Simon Bahr

- Consultant
- Serviceline Invest

Simon Bahr studierte Management und Unternehmensrechnung an der Hochschule Heilbronn. Danach schloss er sein Studium im Masterstudiengang International Business and Finance an der Hochschule Augsburg mit einem Fokus auf M&A, als einer der Jahrgangsbesten ab.

Zusätzlich konnte er Erfahrungen bei KPMG im Bereich Finance Advisory und Digital Finance, sowie bei mittelständischen Industrieunternehmen in den Bereichen Accounting und Controlling sammeln.



Marius Girnat

- Analyst
- Serviceline Invest

Marius Girnat schloss sein Studium in Economics an der Ludwig-Maximilian-Universität München ab.

Nach seinem Studium konnte er Erfahrungen in der Controllingfunktion bei regional und international tätigen Unternehmen sammeln. Zudem war er bei Deloitte im Bereich Risk Advisory tätig und setzte sich dort unter anderem auch mit Post-Merger-Integration auseinander.

Inhalt

• Aktuelle Lage

Corona-Pandemie	13
Wirtschaft 2021	16
Auswirkungen	19
Inflation	30
Energiekosten	32
Ukraine-Konflikt	35

• Ausblick 2022

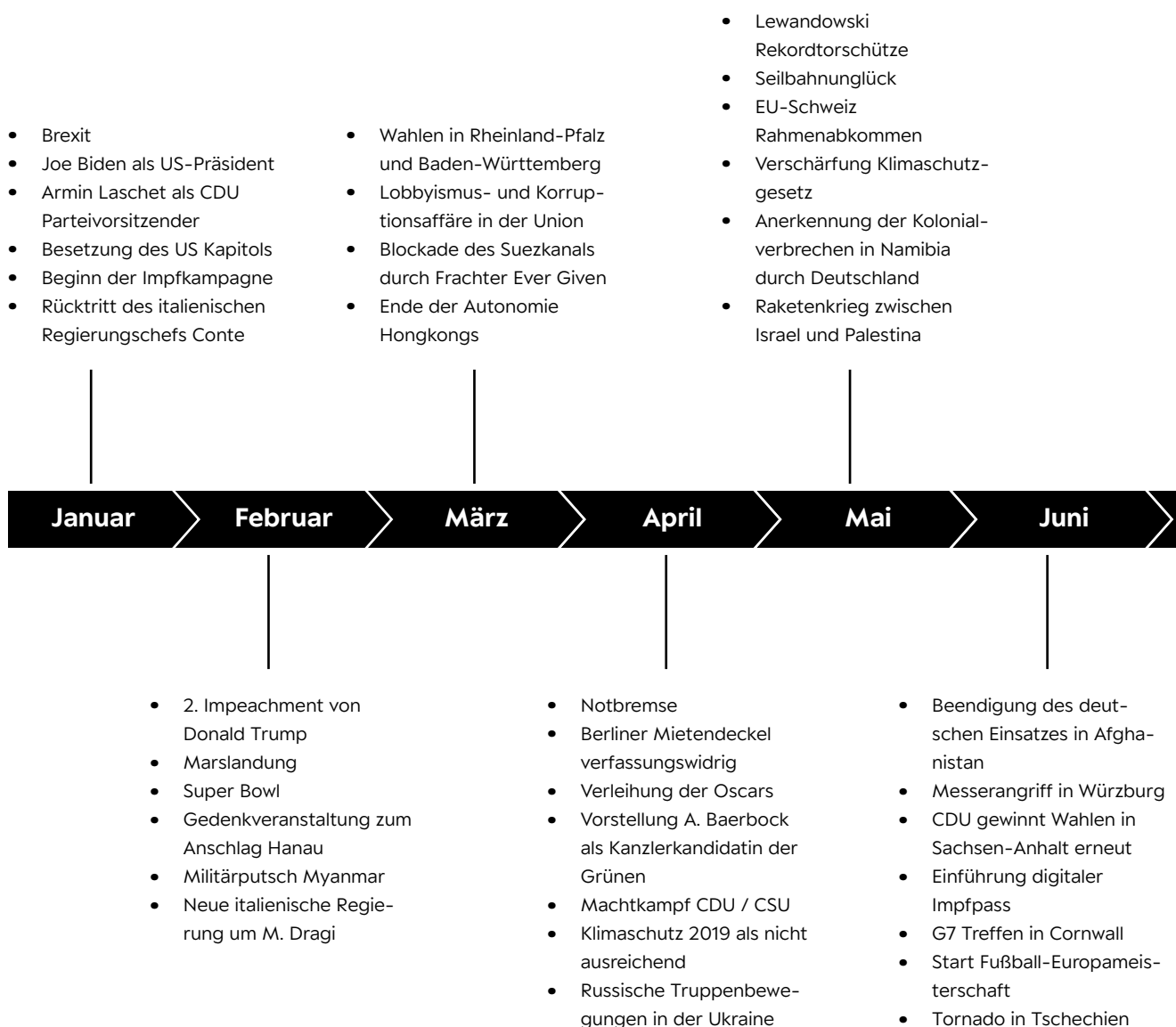
Inflation	38
Stagflation	41
Zombie-Unternehmen	42
Energiemarkt	44
Geopolitik	46
Update: Aktuell Lage Ukraine	48
Corona-Pandemie	56
Wirtschaftsrisiko China	57

• Ausblick bis 2030

Mögliche Schwarze Schwäne	61
Schwarze Schwäne und Megatrends 2023-2030	62
Unternehmensverschuldung China	64
Euro-Schuldenkrise	66
Austritte aus der EU	68
Bankenkrise	69
Great Reset	71
Eskalation in Taiwan	72
China-Russland Allianz	73
China als Wirtschaftsmacht	74
Technologisches Zurückfallen Deutschlands	75
Cyberattacken	76
Make America Great Again	77
Culture Wars	79
Mutierter Corona-Virus	80
Naturkatastrophen	81
Blackouts	82
(De-)Globalisierung als Megatrend	83
New Work	84
Neo-Ökologie	87
Digitalisierung	88
Silver Society	89

Das Jahr 2021

Der Überblick



- Flutkatastrophe im Südwesten Deutschlands
- Erster touristischer Weltraumflug von Virgin Galactic
- Italien wird Fußball Europameister
- Massenproteste in Kuba
- Eröffnung der Olympischen Spiele in Tokyo

- Bundestagswahl
- DAX-Erweiterung
- 20 Jahre Terroranschlag auf das World Trade Center
- Vulkanausbruch La Palma

- Corona-Infektionszahlen steigen
- Karneval
- Neuer Bußgeldkatalog
- Weltklimakonferenz

Juli

August

September

Oktober

November

Dezember

- Weltklimabericht
- Taliban überrennen Afghanistan
- Chaotischer Rückzug der NATO aus Afghanistan
- Hansi Flick wird Bundestrainer
- Waldbrände in Südeuropa und der Welt

- Inflation steigt
- Beginn der Koalitionshandlungen („Ampel“)
- Rücktritt Sebastian Kurz

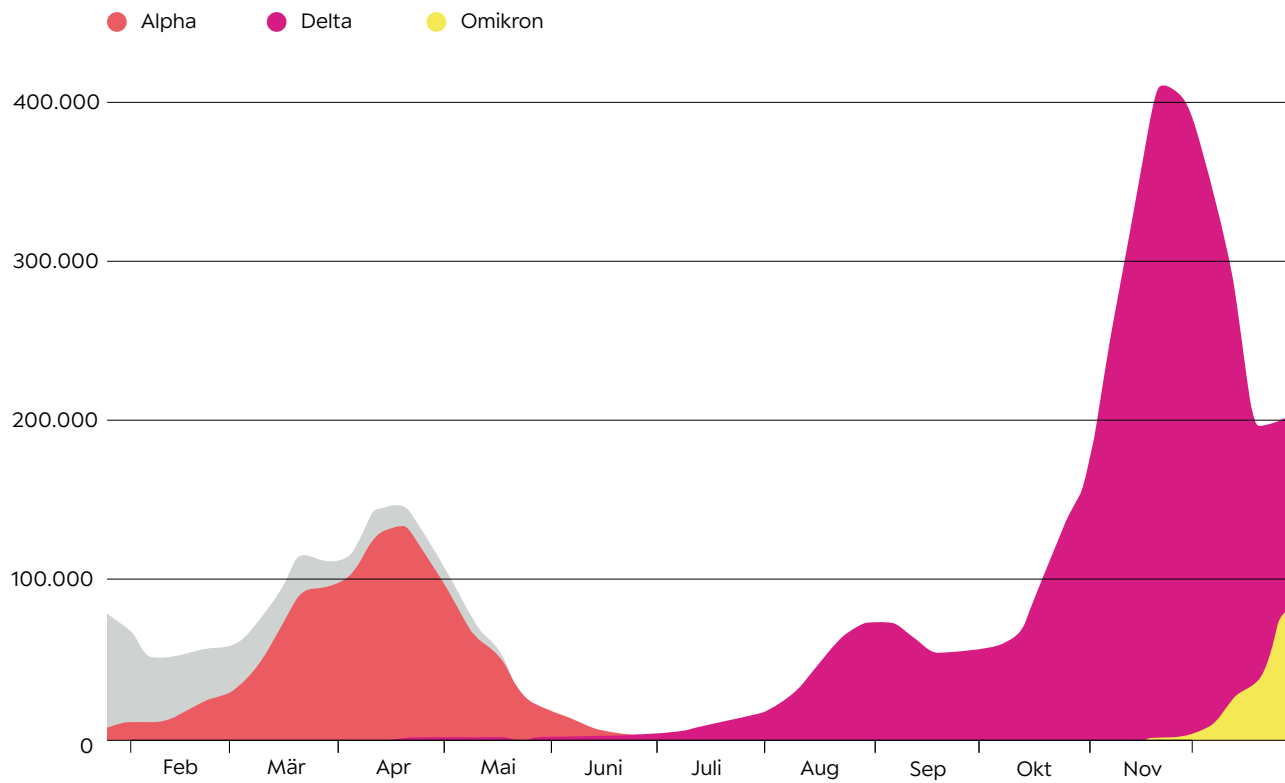
- Ende der Amtszeit von Angela Merkel
- Regierungsantritt der „Ampel“
- Omikron-Variante ist da

Aktuelle Lage

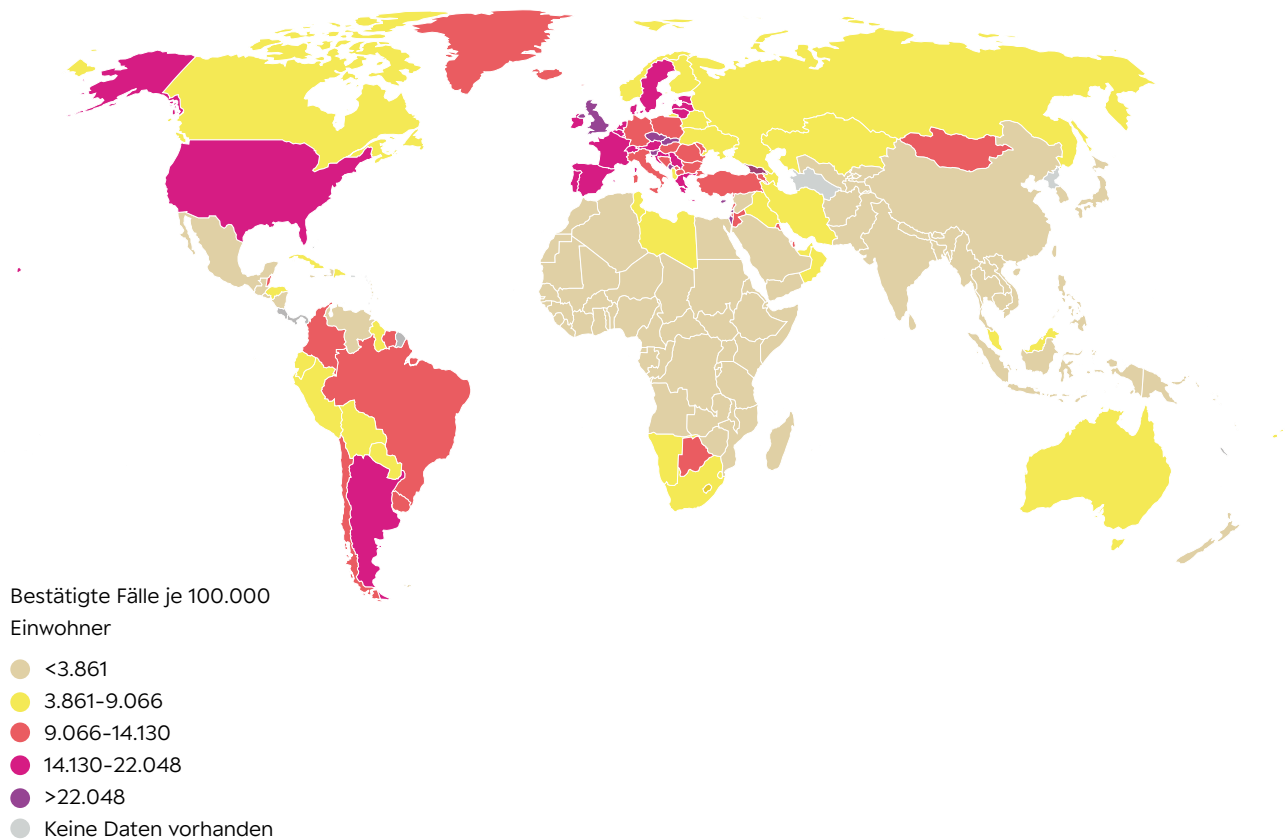
The background of the slide is a photograph of a cafe interior. On the left, there are lush green plants in pots. On the right, a person wearing a dark suit is partially visible, sitting at a table. In the bottom right corner, there is a white cup of coffee on a saucer with a spoon. The overall atmosphere is calm and professional.



Entwicklung der Virusvarianten in Deutschland



Globale Gesamtinfektionen



Aktuelle Lage

Corona-Pandemie

Fakten

- Weltweit ca. 420 Mio. Infizierte.
- 5,9 Mio. Todesfälle (1,4% aller Infektionen).
- Weltweit über 10 Mrd. verabreichte Impfdosen.
- 55% der Weltbevölkerung sind zweimal geimpft.
 - Dominierende Variante Omikron ist deutlich ungefährlicher als die Delta-Variante.
 - Hospitalisierungsrate um 53-90% niedriger.
 - Krankenhausaufenthalt um 3-4 Tage kürzer.
 - Sterberisiko um 70-91% geringer.
 - allerdings: 2-3 mal schnellere Verbreitung.

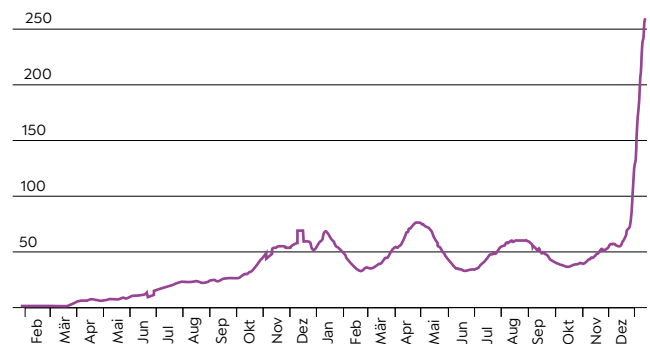
Entwicklungen

Vor allem politisch westliche Länder und Südamerika wurden insgesamt vom Coronavirus am härtesten getroffen. Asiatische und Afrikanische Länder konnten Großteiles und im Vergleich zum Westen höhere Infektionsgeschehen verhindern. Der Preis dafür waren allerdings zu Beginn ein stärkeres Herunterfahren der Wirtschaft und tiefere Einschnitte in persönliche Freiheitsrechte. Allerdings gibt es auch vor allem im politischen Westen eine geringere Impfbereitschaft als in zum Beispiel asiatischen Ländern.

Im Laufe des Jahres 2021 wurden die Impfkampagnen vor allem in entwickelten Ländern im großen Ausmaß hochgefahren. Gegen Ende von 2021 wurden sogar Dritt und teilweise schon Viertimpfungen durchgeführt. Dabei kam es immer wieder zu Gerechtigkeitsdiskussionen, vor allem im Hinblick auf die geringe Impfstoffqualität und -verfügbarkeit in Entwicklungs- und Schwellenländern.

Verlauf der weltweiten Coronapandemie

Bestätigte Neuinfektionen in den letzten 7 Tagen je 100.000 Einwohner



Neue Medikamente, Impfstoffe mit verschiedensten Technologien und harmlosere Mutationen wecken die Hoffnung auf ein langsames Zurückkehren in die Normalität durch ein heimisch werden des Coronavirus, ähnlich wie bei saisonalen Erkältungen und Grippeinfektionen.

In drei Schritten wird in Deutschland aktuell eine Öffnung bis zum 20. März geplant. Die Verwendung des Begriffs „Freedom Day“ wird von der Politik allerdings vermieden, denn es bleibt unter anderem noch die Maskenpflicht und noch wichtiger: Das Risiko neuer Varianten und Wellen.

Aktuelle Lage – Corona-Pandemie

Wirtschaftshilfen Überbrückungshilfe III Plus / IV

Die Überbrückungshilfe ist ein Zuschuss bei Corona-bedingten Umsatzrückgängen zur Deckung von Fixkosten. Die bis zum 31.12.2021 laufende Überbrückungshilfe III Plus wurde im Jahr 2022 mit der Überbrückungshilfe IV mindestens bis zum 31.03.2022 verlängert:

Geförderte Unternehmen:

- Unternehmen, Selbstständige und gemeinnützige Unternehmen und Organisationen bis zu einem Jahresumsatz von 750 Mio. EUR im Jahr 2020, Start-ups, die bis zum 31. Oktober 2020 gegründet wurden, gemeinnützige Unternehmen, kirchliche Unternehmen und Organisationen aus allen Branchen.
- Umsatzhöchstgrenze von 750 Mio. Euro entfällt für von Schließungsanordnungen auf Grundlage eines Bund-Länder-Beschlusses direkt betroffene Unternehmen sowie für Unternehmen der Pyrotechnikbranche, des Großhandels und der Reisebranche.

Hinweis: Die Überbrückungshilfe III Plus und IV kann nur über einen prüfenden Dritten beantragt werden. Wir unterstützen Sie gerne in diesem Prozess.

Voraussetzungen:

- Corona-bedingte Umsatzeinbrüche von mindestens 30 Prozent in jedem Monat im Zeitraum Juli bis Dezember 2021, für den der Fixkostenzuschuss beantragt wird. (Maßgeblich für den Vergleich ist der Referenzmonat im Jahr 2019)
- Gesonderte Vorschriften für Unternehmen, die zwischen dem 1. Januar 2019 und dem 31. Oktober 2020 gegründet wurden sowie in begründeten Fällen bei außergewöhnlichen betrieblichen Umständen.
- Unternehmen, die im Juni 2021 für die Überbrückungshilfe III antragsberechtigt waren und im Juli 2021 von Starkregen und Hochwasser betroffen waren.
- Unternehmen, die im Zeitraum 1. November bis 31. Dezember 2021 wegen behördlich angeordneter Corona-bedingter Einschränkungen wie z.B. der 3G- oder 2G-Regel oder vergleichbarer Maßnahmen (Verbot touristischer Übernachtungen, Sperrstundenregelungen) ihre Öffnungszeiten stark reduzieren oder freiwillig schließen, weil eine Aufrechterhaltung des Betriebs unwirtschaftlich wäre.
- Kosten die erstattet werden: Mieten und Pachten, Finanzierungskosten, Abschreibungen bis zu einer Höhe von 50%, bauliche Modernisierungs-, Renovierungs- oder Umbaumaßnahmen für Hygienemaßnahmen bis zu 20.000 EUR, Marketing und Werbekosten.



Konditionen:

Zuschüsse zu den monatlichen betrieblichen Fixkosten (max. 10 Mio. EUR pro Monat) abhängig von der Höhe des Umsatzrückgangs gegenüber dem Vergleichszeitraum 2019:

- Umsatzeinbruch > 70%:
bis zu 100% der monatlichen Fixkosten
- Umsatzeinbruch 50% bis 70%:
bis zu 60% der monatlichen Fixkosten
- Umsatzeinbruch 30% bis 50%:
bis zu 40% der monatlichen Fixkosten

Eigenkapitalzuschuss (zusätzlich zu Fixkostenerstattung) als Aufschlag auf die Zuschüsse der Fixkosten:

- Umsatzeinbruch > 50% in drei Monaten:
25% Summe der Fixkostenerstattung
- Umsatzeinbruch > 50% in vier Monaten:
25% Summe der Fixkostenerstattung
- Umsatzeinbruch > 50% in fünf Monaten:
25% Summe der Fixkostenerstattung

Auswirkungen für den Mittelstand

Die deutlich gesunkenen Anforderungen für die Überbrückungshilfe III ermöglichen mehr Mittelstandsunternehmen die Hilfen in Anspruch zu nehmen.

Mit fortgeschrittener Dauer der Krise wird die Wirtschaftshilfe auch für eine immer größer werdende Anzahl an Unternehmen notwendig werden. Durch die immer weiter sinkende Eigenkapitalbasis der Unternehmen wird die Krisenbewältigung mit der Zeit deutlich schwieriger.

Wirtschaft 2021

Der Überblick

Im zweiten Jahr der Pandemie wurde die Wirtschaft nicht mehr nur alleine durch Lockdowns, sondern auch durch weitere Entwicklungen, wie steigende Energiepreise und dem Zusammenbrechen der globalen Logistikketten belastet. Durch das exponentielle Wachstum der Omikron-Variante auf der ganzen Welt ist ein komplettes Verschwinden wieder unwahrscheinlicher geworden, als es Ende 2021 prognostiziert wurde. Auch nach der Pandemie wird es zusätzliche Belastungen geben, welche die Erholung der Wirtschaft deutlich bremsen werden.

Das Jahr 2021 war vor allem in der ersten Hälfte von erneuten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Einschränkungen geprägt, welche erst im Sommer beendet wurden, insgesamt allerdings weniger streng waren als bei den ersten beiden Wellen, weshalb sich die Wirtschaft im Vergleich zu 2020 wieder deutlich erholte. Trotzdem allerdings noch deutlich schwächer ist als im Vorkrisenjahr 2019.

Zwar konnte sich die Wirtschaft 2021 konjunkturell wieder etwas erholen, trotzdem bleibt die Situation für kleine und mittlere Unternehmen schwierig. Gesunkene Eigenkapitalquoten und steigende Zinsen machen die Finanzierung durch Banken weiter deutlich schwieriger und Unternehmen müssen oft lange auf die Unterstützungshilfen der Regierung warten, was zu Liquiditätsengpässen bei vielen Unternehmen führte. Dazu kamen noch Lieferengpässe durch die Belastung der globalen Logistikketten.

Gestiegene Nachfrage durch die konjunkturelle Erholung nach den harten Lockdowns Ende 2020 und Anfang 2021, sowie des stockende Angebot durch die Probleme in den globalen Logistikketten ließen die Inflation im Euroraum nach oben schnellen. Anders als die amerikanische Fed, kann die EZB aufgrund von hochverschuldeten südeuropäischen Staaten nur zögerlich mit Zinserhöhung auf die Inflation reagieren. Ob es eine Lohn-Preis Spirale geben wird, bleibt abzuwarten.

Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten

Bruttoinlandsprodukt		Ausrüstungsinvestitionen	
2021	2022	2021	2022
⬆️ 2,6%	⬆️ 4,5%	⬆️ 3,6%	⬆️ 4,3%

Arbeitslosenquote		Bauinvestitionen	
2021	2022	2021	2022
⬇️ 5,7%	⬇️ 5,1%	⬆️ 1,7%	⬇️ 4,0%

Importe		Konsumausgaben *	
2021	2022	2021	2022
⬆️ 7,2%	⬆️ 6,9%	⬆️ 0,2%	⬆️ 8,0%

Exporte		* private Haushalte	
2021	2022		
⬆️ 7,1%	⬆️ 4,6%		

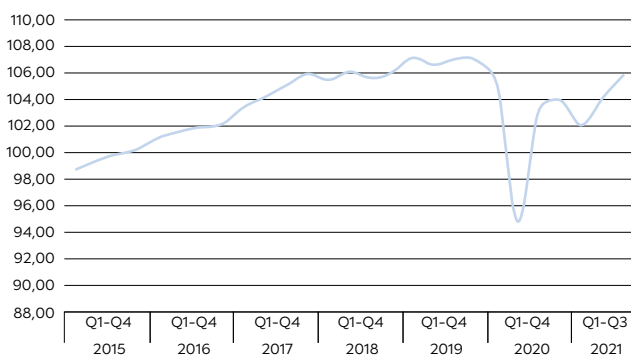
Quelle: Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung

Die Zahlen

- Deutsche Wirtschaft erholt sich langsam: Nachdem sie im Q1 2021 hart vom Lockdown getroffen wurde und etwas schwächer ausfiel als im ersten Coronajahr 2020, ging es ab Q2 wieder stark aufwärts, allerdings ist die Wirtschaftskraft trotzdem noch schwächer als in 2019.
- Wirtschaftsleistung im Jahr 2021 wuchs um voraussichtlich 2,1 bis 2,7 Prozent.
- DIW-Prognose sieht für 2022 Wachstum von 4,9 Prozent und für 2023 von 1,5 Prozent – ein deutlicher Rückschritt zu den Vorjahresprognosen durch die weiterhin anhaltende Pandemie.
- Vorkrisenniveau wurde im Q3 2021 durch den starken Anstieg in den Sommermonaten fast wieder erreicht – durch die anhaltende Pandemie und Lieferengpässe sind die Risiken jedoch immer noch beachtlich.
- Weltweit entspannte sich die wirtschaftliche Lage – mit einem deutlich positiven Effekt für die deutschen Exporte, gleichzeitig steigen die Risiken allerdings.
- Öffentliche Haushalte in diesem Jahr mit Rekorddefizit von 186 Milliarden Euro, eingeschlagener Investitionspfad sollte dennoch konsequent weiterverfolgt werden.

Bruttoinlandsprodukt

preisbereinigt; 2015=100



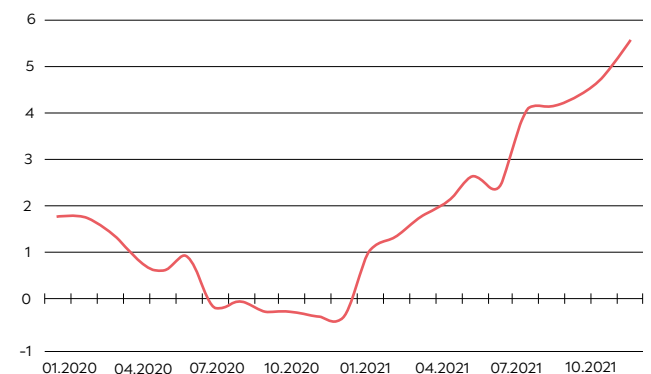
Bruttoinlandsprodukt

Entwicklung ggü. Vorjahr



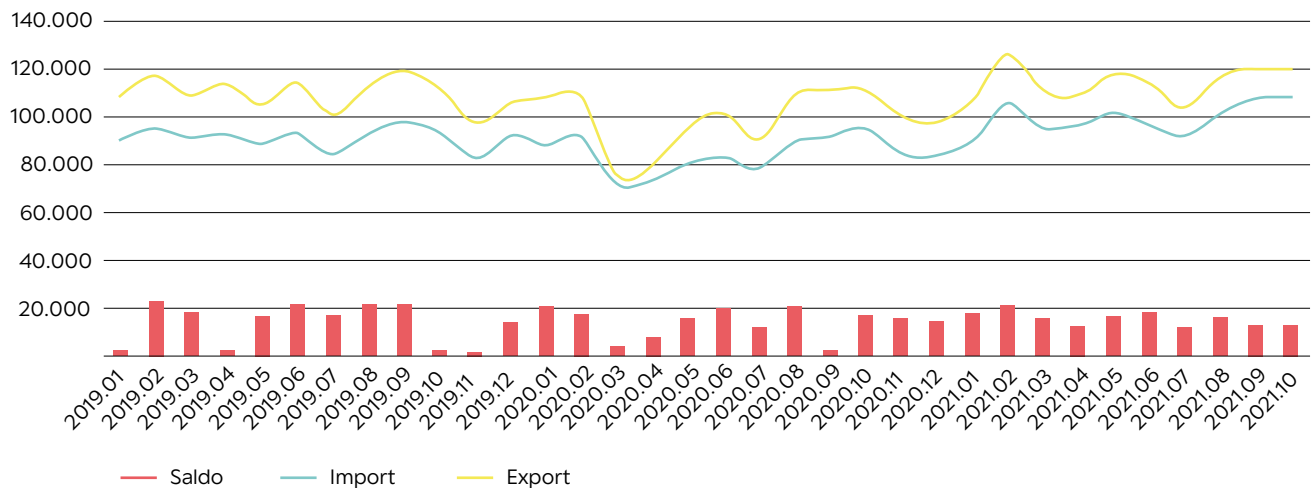
Inflationsrate in Deutschland (ggü. Vorjahresmonat)

gemessen am Verbraucherpreisindex



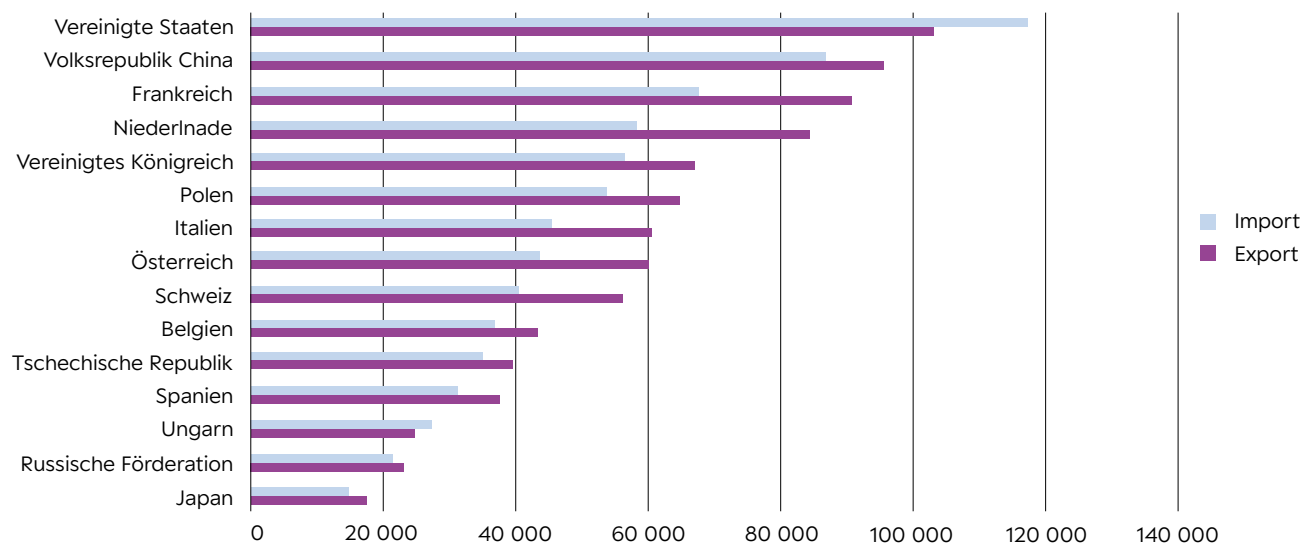
Außenhandel Deutschland

in Mrd. EUR



Außenhandel Deutschland

in Mio. EUR



Quelle: Statistisches Bundesamt

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie

Der Außenhandel

Die stark angespannte Situation der Lieferketten sowie die anhaltende Corona-Pandemie beeinträchtigen den Außenhandel weiterhin.

Zeitweise Grenzsicherungen, Störungen in der Logistik und Unterbrechungen der Lieferketten zu Beginn der Corona-Pandemie hatten das Geschäft mit „Made in Germany“ in den vergangenen Monaten ausgebremst.

Der deutsche Außenhandel im Jahr 2021

Exporte:

- Die Exporte haben sich im Jahr 2021 wieder deutlich erholt und liegen von Jan-Okt bei 1.155 Mrd. EUR – verglichen mit dem Vorjahreszeitraum ist das ein Anstieg von 16%.
- Im November 2021 sind die Exporte aus Deutschland in die Staaten außerhalb der Europäischen Union (Drittstaaten) gegenüber Oktober 2021 kalender- und saisonbereinigt um 1,5 % gestiegen.
- Damit lagen die Exporte im November 14,0 % über dem Niveau vom Februar 2020, dem Monat vor dem Beginn der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie in Deutschland.
- Wichtigster Handelspartner für die deutschen Exporteure waren die USA. Im November wurden Waren im Wert von 11,0 Mrd. EUR exportiert (+15,2 % im Vergleich zum Vorjahr).
- Zweitwichtigster Partner ist die Volksrepublik China mit einem Wert von 9,0 Mrd. EUR. (-3,2 % zum Vorjahresmonat)
- Auch die Exporte in das Vereinigte Königreich sind im Vorjahresvergleich um 5,8 % auf 6,1 Mrd. EUR gesunken.

Importe:

- Auch die Importe sind im Jahr 2021 deutlich gestiegen und liegen von Jan-Okt bei 1.001 Mrd. EUR – verglichen mit dem Vorjahreszeitraum ist das ein Anstieg von 18%.

Top Exportgüter Deutschlands*:

1. Kraftwagen und Kraftwagenteile
2. Maschinen
3. Chemische Erzeugnisse
4. Datenverarbeitungsgeräte, elektr. und optische Erzeugnisse

Top Importgüter Deutschlands*:

1. Datenverarbeitungsgeräte, elektr. und optische Erzeugnisse
2. Kraftwagen und Kraftwagenteile
3. Chemische Erzeugnisse
4. Maschinen

*Stand 2020



Unterbrochene Lieferketten und Materialknappheit

Gründe für die Aktuelle Situation

Durch bisherige Covid Lockdowns , Kontaktbeschränkungen und Reiserichtlinien sind die globalen Lieferketten bereits stark disrupted:

- Einschränkungen der Produktion in Asien aufgrund von Kontaktbeschränkungen
- ein Mangel an Containern
- Hafenschließungen durch Covid Fälle in China
- Schiffs- und Hafenkapazitäten am Anschlag
- Unerwarteter Nachfrageboom nach Laptops, Kameras, Druckern, Bildschirmen, Büromöbeln etc.
- Unerwarteter Nachfrageinbruch in der Automobilindustrie
- Blockaden von Handelswegen in Nordamerika durch Anti-Impfpflicht Proteste („Freedom Convoy“)

Die Gründe für die Lieferkettendisruption sind allerdings vielfältig, auch unabhängig von Corona gibt es einige Treiber:

- Engpass in der chinesischen Energiepolitik, zum Beispiel durch Handelsstreitigkeiten mit Australien entstand ein Mangel an Kohle
 → Strom für 44% aller Industriebetriebe in

China wurde rationiert und Produktion dadurch stark beeinträchtigt.

- Langfristige Auswirkungen der Handelspolitik der Trump-Regierung gegenüber Europa, aber vor allem gegenüber China
 → Zum Beispiel Engpässe in der Chip-Produktion aufgrund von beschränktem Zugang zu amerikanischen Chip-Patenten.
- Nachfrageboom nach Holz für Möbelindustrie (Home-Office) und gleichzeitiger Angebotsmangel durch Waldbrände und eine Bergkiefernplage in Nordamerika.
- Blockade des Suez-Kanals durch das Containerschiff Ever Given für 6 Tage.
- Mangel an Lastkraftwagenfahrer in Großbritannien durch den Brexit.

An den weltweiten Unterbrechungen der Lieferketten und die Materialknappheit ist also nicht nur Corona schuld. An den Ursachen die außerhalb von Corona liegen merkt man, wie komplex die globalen Wertschöpfungsketten mittlerweile geworden sind, wenn sogar die Handelspolitik von Trump und eine sechstägige Blockade des Suezkanals immer noch für Lieferschwierigkeiten sorgen.

Auswirkungen auf die Wirtschaft

Am Deutlichsten werden die Probleme in der Lieferkette bei komplexen Produkten wie zum Beispiel bei Autos. Musste die deutsche Automobilindustrie 2020 noch wegen Covid in die Kurzarbeit gehen, muss sie dies heute nicht wegen zu geringer Nachfrage, sondern wegen Rohstoff- und Chipmangel tun. Kunden von Neuwagen müssen mittlerweile bis zu 15 Monate auf ihr Auto warten. Sogar Preise für Gebrauchtwagen sind aufgrund der langen Wartezeiten für einen Neuwagen 2021 um 10% angestiegen. Dadurch sind einige Jahreswagen nun teurer als der entsprechende Neuwagen geworden. Aber nicht nur Autos, sondern auch Spielekonsolen, Waschmaschinen, Möbel und viele andere Produkte sind stark von der Unterbrechung der Lieferketten und dem Materialmangel betroffen.

Durch die Omikron-Variante drohen nun weiter Reisebeschränkungen, insbesondere, was den Impfstatus angeht. Australien zum Beispiel hat schon starke Reiseeinschränkungen erlassen, und auch China mit seiner Null-Covid Strategie wird weiter an den Regeln festhalten. Vor allem da Omikron nun auch in China angekommen ist, wird die Hoffnung auf eine schnelle Erholung der Lieferketten wohl erstmal zunichte gemacht.

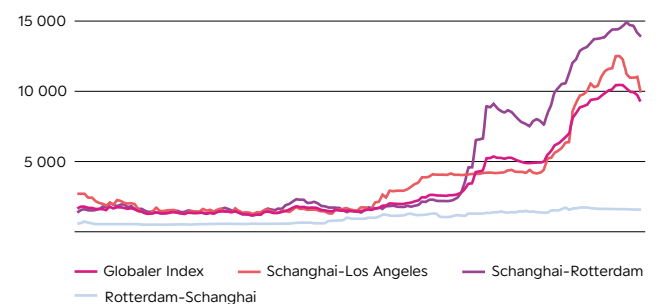
Im November 2021 lagen 600 Containerschiffe vor Frachthäfen, hinzu kommt in vielen Ländern, am prominentesten in Großbritannien ein Mangel an Lastkraftwagenfahrern, welche die verspäteten Teile dann weiter transportieren können. Durch diese Bindung an Containern auf wartenden Containerschiffen und in Häfen explodierten 2021 auch die Kosten für Container, welche sich langsam, durch eine Ausweitung der Containermenge von großen Container Leasing Gesellschaften, wieder erholen. Das bekannte Logistikunternehmen Maersk plant unter anderem

auch eine Ausweitung der Transportkapazitäten über den Luftweg, was durch den zurückgegangenen Reiseverkehr möglich gemacht wird.

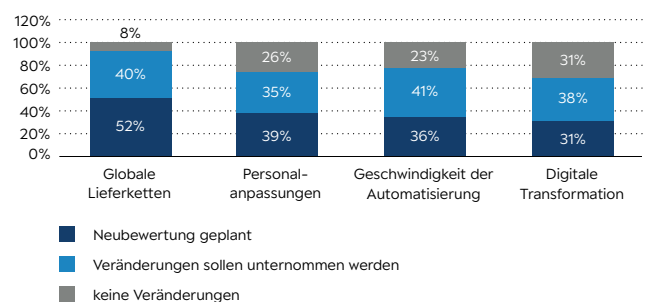
Die meisten Experten prognostizieren, dass sich die globalen Lieferketten in 2022 langsam in einen Prozess begeben, der ein globales Gleichgewicht herstellen wird, welcher allerdings Jahre brauchen wird um eine vor-Corona Situation herzustellen.

Preise für Container aus Asien sinken leicht

Preise in \$ pro 40-Fuss-Container



Unternehmens-Umfrage zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie im Jahr 2020





Nachfrageschock

Fallende Konsumentennachfrage



Angebotschock

Unterbrechung der Produktion



Finanzmarktschock

Kursverfall und erhöhte Volatilität



Rückgang der Reisetätigkeit

- Reisebeschränkungen
- Absage von Dienst- und Urlaubsreisen
- Absage großer Veranstaltungen

- Fluglinien
- Kreuzfahrt-unternehmen
- Hotels
- Gastronomie
- Reise / Freizeit allgemein



Geringere Konsumneigung

- Quarantäne-Restriktionen
- Schul-, Fabrik- und Geschäftsschließungen
- Angst vor Menschenansammlungen
- Sorge vor Arbeitslosigkeit

- Lokale Dienstleister
- Groß- und Einzelhandel
- Transport
- Reise / Freizeit
- Bildung



Unterbrechung der Lieferkette

- Fabrikschließungen führen zu Produktionsausfällen und Verzögerungen
- Globale Lieferketten unterbrochen

- Technologie
- Automobil
- Telekommunikation
- Schifffahrt
- Logistik
- Pharma



Gesundheitssystem am Limit

- Hoher Bedarf an Intensivpflege
- Geringe Kapazitäten für geplante Operationen
- Hohe Personalkosten

- Krankenhausbetreiber



Rückgang der Rohstoffpreise

- Niedrige Ölpreise durch geringe Nachfrage und Angebotsschock durch Ausweitung der Förderung in Saudi-Arabien

- Rohstoff-Exporteure



Finanzmarkt Volatilität

- Erhöhte Risikoaversen führt zu Rückgang an Aktienmärkten und steigenden Spreads
- Steigende Ausfallraten
- Niedrige Zinsen

- Banken
- Versicherer

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie

Die Übersicht

Die Corona-Pandemie hat weitreichende Auswirkungen auf die gesamte Weltwirtschaft und nahezu alle Branchen. In diesem Kapitel gehen wir auf aus volkswirtschaftlicher Sicht auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Wirtschaft ein, beleuchten die Maßnahmen zur Begrenzung der wirtschaftlichen Auswirkungen und deren Effekt.

Aus der Corona-Pandemie entstehen drei Bedrohungslagen:

Gesundheitliche Dimension

Für bestimmte Bevölkerungsgruppen ist das neuartige Virus extrem bedrohlich und aufgrund seines langwierigen Krankheitsverlaufs ist es auch ein Problem für die Versorgungskapazitäten unserer Krankenhäuser.

Für die allermeisten von uns ist der Virus hingegen geradezu harmlos. Aber da es um Menschenleben geht, ist der übergreifende Zusammenhalt in der Krise so wichtig. Zeitlich gesehen handelt es sich bei dieser Bedrohungslage um ein mittelfristig, intensives Problem. Den medizinischen Prognosen zufolge dürfte die angespannte gesundheitliche Lage vor allem in den Sommermonaten deutlich entspannter werden. In den Wintermonaten helfen Impfungen und neue Medikamente zur Abschwächung der gesundheitlichen Folgen und tragen so zu möglichst geringen Freiheitseinschränkungen bei, bis das Virus in 2-4 Jahren komplett heimisch geworden ist und ein Großteil der Bevölkerung immun ist, wie bei einer gewöhnlichen Grippe

Psychische Dimension

Corona ist durch die radikalen Maßnahmen, die es auslöst, von Beginn an sehr stark ein „mentales Problem“, das Menschen in vielfältige Sorgenkaskaden führt. Während die mentalen

Symptome zu Beginn Hamsterkäufe und Ängste sind, sind die größten Leiden nach zwei Jahren Corona, die psychischen Folgen von Kontaktbeschränkungen, Lockdowns und vor allem der langen Zeiten des Homeschoolings für Kinder im sozialen Entwicklungsstadium, die leider oft vergessen werden. Zudem hat Corona die Überforderung durch eine Flut an Daten und „Expertenmeinungen“, welche wir heutzutage haben sichtbar gemacht. Auch gesellschaftlich entzweit Corona die Gesellschaft immer mehr. Impfungen haben eine neue Debatte über Sicherheit und Freiheit losgetreten. Während die einen die Impfungen als Rettung unserer freien Gesellschaft feiern, nehmen die anderen eine mögliche Zwangsimpfung als genau das Gegenteil war. Natürlich erleben wir auch Effekte des Zusammenhaltens. Die Lernfähigkeit und Resilienz einer ganzen Gesellschaft wird auf die Probe gestellt. Wie wir mit dieser Angst umgehen wird entscheiden, wie lange wir an den Folgen der Krise leiden werden.

Wirtschaftliche Dimension

Soweit man das heute einschätzen kann, werden die weitreichendsten Auswirkungen, von denen wir alle betroffen sind, die Zusammenbrüche unserer Systeme sein. Wie nachhaltig diese Schaden nehmen werden, kann noch niemand wirklich absehen. Die Corona-Pandemie hat die Wirtschaft weltweit zusammenbrechen lassen und viele Unternehmen konnten nur durch staatliche Unterstützung die Krise überstehen. Umso wichtiger ist es und wird es auch weiterhin sein, das Unternehmen nachhaltig in einem breiten, gleichgesinnten Netzwerk aus Partnerunternehmen aufzustellen um für künftige Krisen gewappnet zu sein. Besonders das Zusammenbrechen der globalen Lieferketten und die Preisexplosion für Frachtkosten aus Übersee zeigen, dass Unternehmen die regional wirtschaften oft nachhaltiger und resilienter sind.

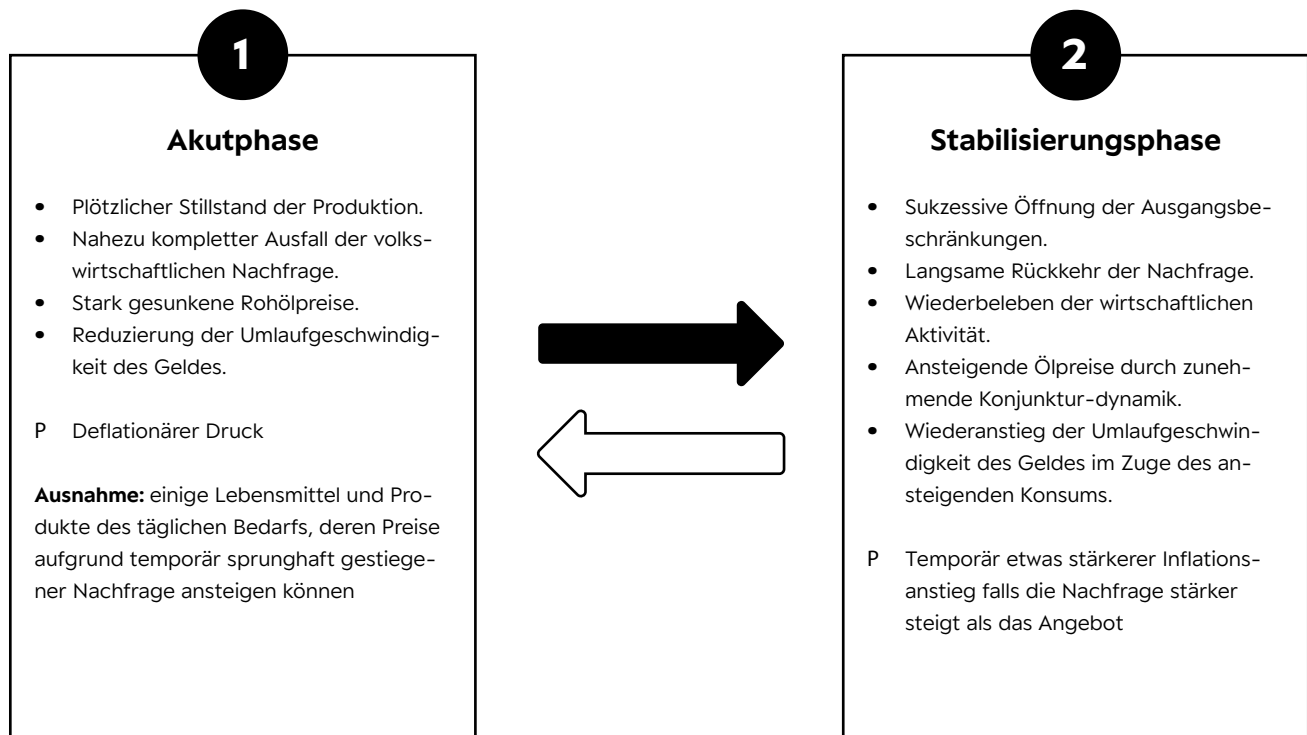


Die Auswirkungen der Corona-Pandemie

Phasen der Krise

Die Corona-Pandemie kann in drei Phasen unterteilt werden. Durch die auch zum Ende des Jahres 2021 wieder stark gestiegenen Fallzahlen und dem nächsten starken Einschränkungen verharrt Deutschland in der Stabilisierungsphase. Durch die weiterhin niedrigen Impfquoten in Deutschland und dem Aufkommen immer neuer ansteckenderer Mutationen, gegen welche die

alten Impfungen weniger effektiv sind, konnten wir diese Phase noch nicht vollständig verlassen. Aufgrund der aktuellen Inflationsentwicklungen und des anhaltenden Angebotsschocks, lässt sich allerdings erahnen, dass Deutschland, überlappend mit dem Ende der Stabilisierungsphase in eine Inflations-, bzw. Krisenphase übergeht, deren Verlauf und Ausgang noch ungewiss ist.



3

„Normalisierungsphase“

- Zurückkehren des aggregierten Angebots und der Nachfrage auf Vorkrisenniveau.

Mögliche Risiken der Normalisierung:

- Voraussichtlich nur möglich durch langfristig geringere Nachfrage und einhergehender reduzierter Wirtschaftsleistung.
- Unter Umständen zur Stabilisierung benötigte Zinserhöhung hätte einen deutlichen Anstieg der Zahlungsunfähigkeit von Staaten und Unternehmen zur Folge.

Inflations- / Krisenphase

- Nachfrageüberhang durch Anstieg der Investitionen bzw. des Konsums aufgrund der gestiegenen Geldmenge.
- Durch steigende Inflation einsetzende Lohn-Preis-Spirale. (Anstieg der Löhne als Folge von Preiserhöhungen und der Preise als Folge von Lohnsteigerungen)

- P Sich immer weiter stark erhöhende Inflationsentwicklung.
- P Gefahr des Vertrauensverlusts der Bevölkerung in die Währung und in das Wirtschaftssystem und damit einhergehende Hyperinflation.
- P Gefahr einer Stagflation falls die Wirtschaft in eine langfristige Rezession und gleichzeitige starke Inflation gerät.

Aktuelle
Phase

Anhaltende Inflation

- Durch globale Lieferengpässe bleibt das Angebot niedrig, oder eine Lohn-Preis-Spirale treibt die Inflation weiter an.

Krise

- Die EZB rückt von ihrer lockeren Geldpolitik ab.
- Gepaart mit den bekannten Engpässen wird die Industrie hart getroffen.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie

Das Coronavirus als Angebotsschock

Mit Ausbruch des Virus in China und der dortigen Produktionsunterbrechung hatten die deutschen produzierenden Unternehmen einen Angebotsschock zu verkraften. Somit konnte trotz Nachfrage nicht produziert werden, woraus ein Angebotsrückgang resultierte.

Auch zwei Jahre nach dem ersten Aufkommen des Corona-Virus haben sich die Lieferketten und die Produktion in vielen Sektoren noch nicht normalisiert. Insbesondere die Produktion der Halbleiterindustrie kommt der durch die Technologisierung weiter steigenden Nachfrage nicht hinterher. Somit kann in vielen Unternehmen trotz Nachfrage nicht und nur in geringerem Maße produziert werden, woraus ein Angebotsrückgang resultiert.

Beeinträchtigung globaler Wertschöpfungsketten

- Produktionsausfälle aufgrund fehlender Vorleistungen.
- Just-in-time Produktion mit niedrigen Lagerbeständen sind problematisch und führen zu Engpässen.
- Lieferabhängigkeit von Spezialkomponenten aus dem Ausland.

Ausfall von Beschäftigten

- Angebotsschock beim Ausfall von Mitarbeitern (durch Erkrankung oder Quarantäne), die für die Produktion nicht mehr zur Verfügung stehen.
- Abmilderung dieses Angebotsschocks kann teilweise auch durch Home Office geschaffen werden, ist jedoch bei personenbezogenen Dienstleistungen oder Produktionsberufen mit hohem manuellen Routineanteil kaum eine Option.

Störungen der Infrastrukturen und Logistikketten

- Mögliche Beeinträchtigung der Verkehrsinfrastrukturnetze (Beeinträchtigung von Flug- und Bahnverkehr) führt zu Problemen der Aufrechterhaltung von Produktionsketten.

Auch wenn sich der Trend der steigenden Nachfrage im dritten Corona Jahr weiter positiv entwickelt und wieder anzieht, kann die Produktion durch fehlende Bauteile oder durch die Knappheit zu teuer gewordene Bauteile nicht mithalten. Das gesunkene Angebot im Zuge des Angebotsschocks lässt je nach Sparte die Preise der Endprodukte deutlich steigen, da die Mehrkosten falls möglich an den Verbraucher weitergegeben werden.

Auswirkungen für den Mittelstand

Das deutlich gesunkene Angebot und die weiterhin stark belasteten Lieferketten haben viele mittelständische Unternehmen hart getroffen.

Zusammenbruch der Produktion

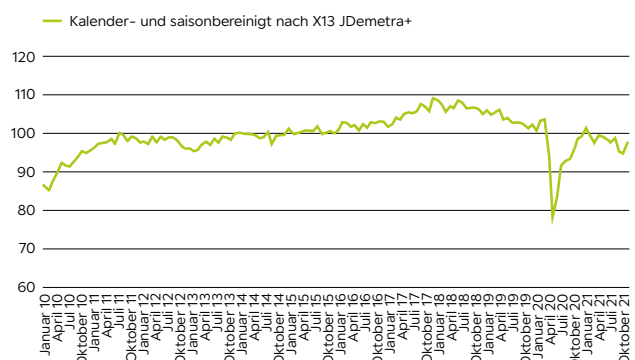
Durch den Zusammenbruch der Lieferketten konnten viele Unternehmen die Produktion nicht aufrecht erhalten. Im Laufe der Zeit hat sich die Lage zwar etwas entspannt, allerdings haben die Disruptionen der globalen Wertschöpfungsketten unser globales Wirtschaftssystem so strapaziert, dass die Folgeeffekte der Produktionsstörungen nun immer deutlicher werden. Wahrscheinlich wird es einige Jahre (mit Lieferengpässen und folglich Produktionsausfällen) geben, bis sich der globale Handel wieder eingependelt hat.

Weitere Faktoren:

- Gestiegene Kosten für stark nachgefragte Güter
- Deutlich gestiegene Transportkosten
- Extreme Planungsunsicherheit

Produktionsindex produzierendes Gewerbe

2015 = 100





Aktuelle Lage – Inflation

Temporäre Treiber

Mit dem Ende der Lockdowns und der Erholung der Wirtschaft ist die Inflation weltweit stark gestiegen, in Deutschland sogar noch stärker. Mit einer Inflation von über 5% im November 2021 sind wir weit entfernt von den 2%, welche die EZB als optimal einstuft. Nun gibt es Diskussionen, ob es sich um eine kurzfristige oder langfristige Inflation handelt, und sollte diese wirklich langfristig sein, wie darauf reagiert werden sollte. Insbesondere in Europa würde dies eine Grundsatzentscheidung bedeuten, denn viele südeuropäische Staaten waren schon vor Corona hoch verschuldet und würden stark unter höheren Zinsen leiden, was zu einer neuen Schuldenkrise führen könnte. Die EZB hofft, dass die aktuell hohe Inflation ein temporäres Phänomen ist. Nachfolgend analysieren wir die Haupttreiber, die einen solchen permanenten Preisanstieg, allerdings nur temporären Anstieg der Inflation begründen.

Rücknahme der Mehrwertsteuersenkung

Die Senkung der Mehrwertsteuer, welche in den letzten beiden Quartalen von 2020 zur Dämpfung des Nachfrageschocks eingeführt wurde, ist seit 2021 zurückgenommen. Damals war die Inflation nahe den 0%. Nun wird die Mehrwertsteuer seit 2021 wieder verrechnet, und damit steigen die Verbraucherpreise automatisch um 2,6%, bzw. 1,9% beim ermäßigten Steuersatz. Aufgrund des starken Anstiegs der Inflation durch 2021 hinweg erklärt die Rücknahme der Steuersenkung allerdings nicht komplett den Inflationsanstieg.

Abbau des Konsumstaus

Deutsche Haushalte haben während Corona überdurchschnittlich viel Bargeld angespart. Zwischen dem Q1 2020 und dem Q2 2021 ist das Geldvermögen der privaten Haushalte um fast 15% gestiegen. Zum Vergleich: Zwischen dem Q1 2018 und dem Q2 2019 waren es nur ca. 6%. Egal ob die Gründe für die Zunahme an Erspartem Vorsichtsverhalten in der Krise war, oder begrenz-

te Konsummöglichkeiten: Experten erwarten, dass die Zunahme an Rücklagen der deutschen Haushalte zu einer höheren Nachfrage führen wird, welche auch zu höheren Preisen führen wird, bis die Ersparnisse sich normalisiert haben.

Engpässe bei der Energieerzeugung

Mehrere einzelne Phänomene weltweit haben zu einem geringeren Angebot an Energie im Jahr 2021 gesorgt: Windflauten zum Beispiel in Deutschland und Großbritannien und Dürren in Brasilien disruptierten den regionalen Energiemix. Zudem gab es 2021 einen ungewöhnlich langen Winter, welcher die Energiereserven in Deutschland und Europa deutlich geschmälert hat. Zusätzlich geht in Deutschland langsam der Atomausstieg zu Ende, welcher das Angebot an Energie zusätzlich schmälert. Auch machtpolitische Konflikte, zum Beispiel zwischen dem politischen Westen und Russland, oder Australien und China sorgen für ein geringeres Energieangebot.

Einführung von CO₂-Zertifikaten und CO₂-Bepreisung

Beim Verbrennen von Diesel, Benzin, Heizöl und Erdgas sind in Deutschland seit Januar 2021 25€ pro Tonne CO₂ fällig, welche bis 2025 schrittweise auf 55€ steigen, dies schlägt sich zusätzlich in den sowieso schon höheren Energiepreisen nieder, welche sich durch die gesamte Wertschöpfungskette ziehen. Zudem sind die Preise für CO₂-Zertifikate seit 2018 stetig angestiegen und erreichten im September 2021 einen Höchststand von 62€ pro Tonne CO₂. Unter das Emissionshandelssystem der EU: ETS fällt vor allem die Energieerzeugung und energieintensive Produktion, welche ebenfalls Auswirkungen auf die gesamte Wertschöpfungskette haben. Zwar können sich auch in Zukunft Preise für CO₂ erhöhen, insbesondere, da die Anzahl der Zertifikate im ETS System jährlich um 2,2% gesenkt wird, von einem Anstieg wie zuletzt ist allerdings mittelfristig nicht auszugehen.

Auswirkungen für den Mittelstand

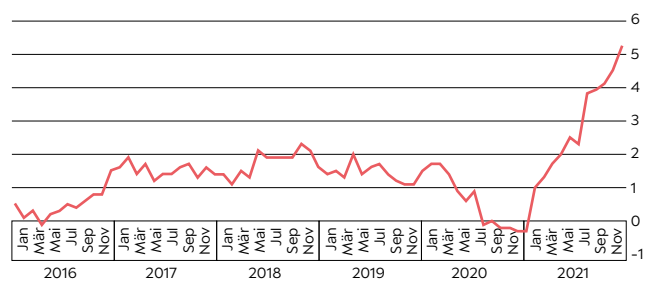
Regionale Lieferketten

Besonders kurzfristig kommt es für Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe und Unternehmen die einen Großteil ihrer Lieferkette im weiter entfernten Ausland haben zu eklatanten Steigerungen bei Energie- und Frachtkosten. Je nach Marktposition kann es sich lohnen, die Preiserhöhungen an die Endkunden weiterzugeben, bzw. sogar die Gewinnmarge aufgrund des niedrigen Angebots, aber der hohen Nachfrage und Ersparnisse der Konsumenten zu erhöhen.

Energieautonomität

Um hohen Frachtkosten zu entgehen und gleichzeitig eine resilientere Wertschöpfungskette zu schaffen, welche zukünftigen Disruptionen der Lieferketten eher standhalten, kann es sich lohnen, langfristig regionale Lieferantenbeziehungen zu strukturieren. Auch eine Energieautonomität durch eigene nachhaltige Energieerzeugung kann vor zukünftigen Preisschwankungen und den langfristig steigenden CO₂-Abgaben schützen.

Verbraucherpreisindex insgesamt



Aktuelle Lage – Energiekosten

Extremer Anstieg der Preise für Gas, Öl und Strom

Mit dem Wiederanlaufen der weltweiten Wirtschaft in der Mitte des Jahres 2021 sind die Preise für Energie deutlich gestiegen und haben im Dezember neue Höchstwerte erreicht.

Besonders extrem war der Anstieg im Dezember zu sehen an den europäischen Börsenpreisen für Futures. Hier stiegen die Preise zwischen 1. Januar und 9. Dezember 2021 um:

- Elektrizität: + 437%
- Erdgas: + 404%
- CO₂-Emissionsrechte: +164%
- Steinkohle: + 94%
- Erdöl: +30%

Der Hauptgrund für diesen Anstieg ist die schneller als geplante wirtschaftliche Erholung, vor allem in Asien, was die Nachfrage nach Energie explodieren lässt. Zu dieser gestiegenen Nachfrage kommen mehrere Faktoren, welche das Angebot verknappen.

Die Kombination aus steigender Nachfrage und begrenztem Angebot führt zu den beobachteten hohen Energiepreisen.

Vor allem die Gaspreise waren gegen Ende des Jahres 2021 ein Musterexemplar dieser Entwicklung und zusätzlich Preistreiber für andere Energieformen. Der ausgedehnte Winter mit einer erwarteten Heizphase bis in den Mai hat zu einem starken Anstieg der Nachfrage in Europa und der Welt geführt. Der stark gestiegene Preis hat die Nachfrage nach Flüssiggas in Asien deutlich erhöht mit einem starken weiteren positiven Effekt auf die Preise. Zusätzlich kommt in Europa ein ebenfalls stark gestiegener CO₂-Preis im Rahmen des EU-Emissionshandelssystems (ETS) zu tragen.

Da in Mitteleuropa kaum eine Möglichkeit besteht, komplett auf Flüssiggas auszuweichen, bleibt hier vorerst nur Russland als Lieferant für Erdgas. Russland zeigt zumindest zum Zeitpunkt dieses Berichts keinen Willen den Preis für Gas durch erhöhte Gasliefe-



rungen zu senken, sondern hält sich gerade so an die niedrigen, langfristig vereinbarten Mengen und die Preise damit hoch. Für Februar hat Russland sogar überhaupt keine Pipelinekapazitäten reserviert. Gleichzeitig nehmen die Gaslieferungen aus den USA mit Flüssiggas deutlich zu. Damit scheint der amerikanische Plan, der während der Trump-Präsidentschaft entwickelt wurde, Europa mit amerikanischem Flüssiggas, statt mit russischem Gas zu versorgen, immer realistischer zu werden.

Zudem nutzt Russland die Abhängigkeit Ost- und Mitteleuropas gerade als politisches Druckinstrument gegen Europa aus. Zum einen in den Spannungsverhältnissen der Ukraine und der damit verbundenen Osterweiterung der NATO und weiterhin bei der langwierigen Inbetriebnahme der neuen Gaspipeline Nord Stream 2.

Ein weiterer Preistreiber des Erdgases und der Strompreise in Deutschland ist der Atomausstieg. Mit der Abschaltung von Atomkraftwerken am 31.12.2021 mit einer Gesamtleistung von 4 Gigawatt billigen und versorgungssicherem Atomstrom. Verbunden mit unterdurchschnittlichen Windstärken in 2021 verglichen mit den 2 besonders windreichen Jahren 2019 und 2020, erzeugt dies ein deutlich geringeres Angebot. Der fehlende emissions-sparende Strom aus Wind- und Kernkraft wird durch fossile Kohle und teures Gas ersetzt.

Auswirkungen für den Mittelstand

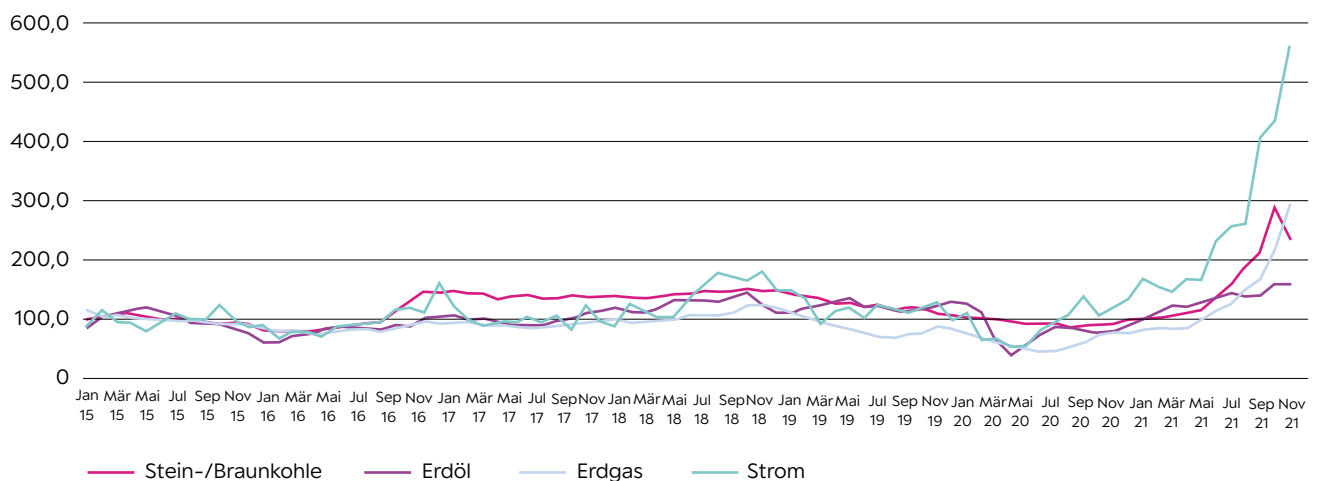
Vor allem energieintensive Produktionsunternehmen, die auch schon an stark gestiegenen Halbleiterpreisen und Lieferkettenengpässen leiden, werden weiter von stark steigenden Energiepreisen gebeutelt.

Die Gründe für die steigenden Energiepreise sind nicht unbedingt temporär. Zumindest kurzfristig wird sich an den Spannungen zwischen der EU und Russland nichts ändern. Auch höhere Kosten für Emissionszertifikate und das Verschwinden der Kernenergie in Deutschland sind keine temporären Effekte. Sollte die Politik nicht gegensteuern, wie in Spanien oder Frankreich, besteht das Risiko, dass das langsame wirtschaftliche Ende von Corona nicht das Verlassen des Krisenmodus für die Wirtschaft bedeutet, sondern, dass auf Corona eine neue Wirtschaftskrise folgt.

Unternehmen mit dem Willen zur nachhaltigen Transformation können sich zumindest auf die lange Frist durch die Etablierung einer autonomen Energieversorgung, zum Beispiel durch eigene Solar-, Wind und Abwärmenutzung weniger abhängig von solchen Preisschwankungen machen.

Einfuhrpreise Stein-/Braunkohle, Erdöl, Erdgas, Strom

preisbereinigt; 2015=100





Aktuelle Lage – Ukraine-Konflikt

Die Machtspiele zwischen Russland und der NATO drohen zu eskalieren

Die Fronten zwischen Russland und der NATO im Zuge des Ukraine Konflikts sind verhärtet.

Im Ukraine Konflikt, der mit der Euromaidan Revolution und der Annexion der Krim 2014 gestartet ist, durch das Ausbrechen von bürgerkriegsähnlichen Kämpfen im Osten der Ukraine weiter eskalierte und durch die Minsker Abkommen nur bedingt beschwichtigt werden konnte, kam es 2021 durch eine massive Aufrüstung russischer Truppen an der ukrainischen Grenze zu einer weiteren internationalen politischen Krise.

Durch die Osterweiterungen und das Aufrüsten der Nato in Ost- und Mitteleuropa fühle Russland sich bedroht. Moskau fordert in einem am 17. Dezember veröffentlichten Dokument ein Ende der Nato-Osterweiterung, das Unterlassen von militärischen Aktionen der NATO in der Ukraine, anderen osteuropäischen Staaten, im Südkaukasus und in Osteuropa, sowie die militärische Infrastruktur auf die Positionen von 1997 zurückzuziehen. Zudem will Russland erreichen, dass die Ukraine kein NATO-Mitglied wird. Das westliche Militärbündnis hat diese Forderung bisher stets zurückgewiesen.

Angesichts der Spannungen verfolgt die NATO allen voran die USA eine Doppelstrategie, welche zum einen das Beteuern der Solidarität zur Ukraine und mögliche Sanktionen gegenüber Russland, auf der anderen Seite allerdings auch Gespräche und Verhandlungen mit Moskau beinhaltet. Ein aktives militärisches Eingreifen der NATO im Falle einer militärischen Konfrontation ist sehr unwahrscheinlich.

Vor allem brisant im Ukraine Konflikt ist die Verbindung zur Energiekrise, da Russlands größtes nicht-militärisches Druckmittel die Verknappung der Gaslieferungen nach Europa ist. Zudem pocht Russland auf ein schnelles Fertigstellen der Gaspipeline Nord Stream 2, welche es Russland möglich macht die Ukraine als Transitland zu umgehen, was zum einen ein wirtschaftliches, wie auch ein machtpolitisches Risiko für die Ukraine darstellt.

Die Zeichen stehen zunehmend auf Eskalation. Nachdem das Treffen zwischen Joe Biden und Wladimir Putin am 12. Januar gescheitert ist und auch weitere bilaterale Treffen zwischen Frankreich, Deutschland und Russland keine Deeskalation erreichen konnten, warnen die USA nun von einer sogenannten „False-Flag-Operation“ seitens Russland, welche eine Invasion in die Ostukraine rechtfertigen soll.

Laut US-Präsident Biden könnte nun jederzeit ein Krieg in Europa ausbrechen, was durch den russischen Präsidenten allerdings verneint wird.

Auswirkungen für den Mittelstand

Durch die Abhängigkeit Deutschlands von russischen Gaslieferungen, vor allem auch in Verbindung mit einer zunehmenden Versorgungsunsicherheit durch abgeschaltete Kernkraftwerke und den langsamen Kohleausstieg sind die Optionen der deutschen Außenpolitik in diesem Konflikt stark eingeschränkt.

Sollte der Konflikt weiter eskalieren, wäre das verheerend für den deutschen Mittelstand: Energiepreise und die Inflation könnten noch weiter steigen und härtere Sanktionen gegenüber Russland würden auch deutsche Unternehmen treffen.

Eine schnelle diplomatische Lösung im Ukraine Konflikt hätte zumindest wirtschaftlich gesehen positive Auswirkungen für den deutschen Mittelstand. Unter anderem könnte, neben dem Zurücknehmen oder zumindest nicht-weiter-Eskalieren von Sanktionen auch eine Fertigstellung von Nord Stream 2 die deutsche Energieversorgung sichern und die Preise stabilisieren oder sogar sinken lassen.

Ausblick 2022



Inflation

Langfristige Entwicklung

Abweichend zu der Annahme der EZB äußern sich aktuell immer mehr Experten, die der Meinung sind, dass ein Anstieg des Preisniveaus nicht nur ein kurzfristiges Phänomen sei, sondern sich auch in 2022 und über 2022 hinaus fortsetzen wird. Auch in einer Umfrage des Ifo Instituts stellte sich heraus, dass im nächsten Jahr 2/3 der deutschen Unternehmen ihre Preise erhöhen möchten. Noch nie wurde in den letzten 30 Jahren ein höherer Wert ermittelt. Auch die Inflation von 5,3% im Dezember ist der Höchstwert der letzten 30 Jahre. Die alles legt die Vermutung nahe, dass es sich nicht nur um einen kurzfristigen Anstieg der Inflationsrate handelt, sondern dass uns eine ähnliche Preisspirale erwartet wie in den 1970ern. Von Experten und Unternehmen werden hierfür vor allem folgende Gründe genannt:

Preisdruck durch hohe Energiepreise und Lieferengpässe

Hohe Energiepreise werden getrieben zum einen durch eine höhere CO₂-Bepreisung, welche vor allem kurzfristig stark gestiegen ist, allerdings in Zukunft noch zunehmen wird. Zum anderen wird auch der Atomausstieg in 2022 in Deutschland vollendet. All dies deutet darauf hin, dass die Energiepreise langfristig hoch bleiben, oder sogar noch weiter steigen können. Auch die globalen Logistikketten werden noch einige Jahre dauern, um sich einzupendeln. Höhere Energie-, Produktions- und Lagerkosten werden bis dahin an die Verbraucher weitergegeben.

Langfristige Megatrends: Umbau der Wirtschaft, Klimawandel, Demographie machen sich langsam bemerkbar

Deutschland forciert den Umstieg in grüne Energien wie kaum ein anderes Land. Dieser Umstieg der durch verschiedene Instrumente angepeilt wird, ist teuer. Der Kostenanstieg, den Unter-

nehmen für teurere Energie haben, aber auch für Investitionen in neue Technologien und umweltfreundlichere Produktion, wie zum Beispiel die Elektrifizierung, wird letztlich an den Konsumenten weitergeleitet. Sollten vom Klimawandel getriebene Naturkatastrophen, wie die Hochwasser letztes Jahr in NRW, Bayern und Rheinland-Pfalz, oder heiße trockene Sommer, welche zu Dürren und höheren Lebensmittelpreisen führen weiter zunehmen, wird sich auch der Klimawandel erstmals deutlich im Preisniveau bemerkbar machen.

Immer mehr Unternehmen achten in der aktuell herrschenden Unsicherheit an den globalen Märkten, und auch aus Umweltgesichtspunkten auf eine höhere Resilienz und Regionalität ihrer Wertschöpfungsketten. Dies bedeutet unter anderem eine höhere Lagerhaltung und eine Abnahme der globalen Arbeitsteilung, was zu höheren Kosten führt. Auch der Fachkräftemangel wird langfristig zu höheren Lohnkosten für Unternehmen führen, welche den Preisanstieg stetig vorantreiben.

Inflation als Mittel zur Senkung der Staatsschuldenlast

Laut den Maastrichter Verträgen verfolgt die EZB zwar offiziell das Ziel der Preisstabilität, allerdings werden mehr Expertenstimmen laut, welche der EZB einen Verstoß gegen genau diese Verpflichtung vorwerfen. Um eine neue Schuldenkrise, der durch Corona noch höher verschuldeten Staaten Südeuropas zu verhindern, würde die EZB mit Absicht auf Zinserhöhungen, welche die Inflation senken würden, verzichten. Ehemalige Zentralbankchefs gehen sogar noch weiter und werfen der EZB vor, die Inflation mit Absicht hoch zu halten, um langsam die Staatsschulden zu entwerten. Die EZB hingegen erwidert die Vorwürfe mit

dem Hinweis, es handele sich nur um eine temporäre Erhöhung der Inflation, im Gegensatz zur amerikanischen Fed, welche die Zinsen deutlich erhöhen und die Inflation damit einzudämmen versucht.

Steigende Löhne und gute Konjunktur

Bei einer mittelfristig anhaltenden Inflation, bedingt durch hohe Energiepreise, Lieferengpässe und fehlendes Gegensteuern der Zentralbanken droht eine Lohn-Preis-Spirale. Schon 2022 könnten Gewerkschaften bei den Lohnverhandlungen einen Inflationsausgleich fordern, welcher die Inflation für 2023 weiter hochhalten würde. Die Ampelkoalition plant zudem eine Erhöhung des Mindestlohns in Deutschlands schrittweise auf 12 Euro. Außerdem ist schon jetzt bemerkbar, dass es Vorzieheffekte für langlebige Güter gibt. Die höhere Nachfrage durch die Hoffnung, noch vor dem Preisanstieg zu konsumieren, ist eine selbst-erfüllende Prophezeiung und treibt die Inflation noch weiter.

Prognose langfristige Inflation

Institut	2021	2022	2023
Bundesbank	3,2%	3,6%	2,2%
Projektgruppe Gemeinschafts- diagnose	3,0%	2,5%	1,7%
Commerzbank	3,0%	3,3%	1,9%
IMK	3,1%	2,6%	-

Auswirkungen für den Mittelstand

Regionale Lieferketten

Besonders kurzfristig kommt es für Unternehmen im verarbeitenden Gewerbe und Unternehmen die einen Großteil ihrer Lieferkette im weiter entfernten Ausland haben zu eklatanten Steigerungen bei Energie- und Frachtkosten. Je nach Marktposition kann es sich lohnen, die Preiserhöhungen an die Endkunden weiterzugeben, bzw. sogar die Gewinnmarge aufgrund des niedrigen Angebots, aber der hohen Nachfrage und Ersparnisse der Konsumenten zu erhöhen.

Energieautonomie

Um hohen Frachtkosten zu entgehen und gleichzeitig eine resilientere Wertschöpfungskette zu schaffen, welche zukünftigen Disruptionen der Lieferketten eher standhalten, kann es sich lohnen die Lieferketten langfristig mit regionalen Lieferantenbeziehungen zu strukturieren. Auch eine Energieautonomie durch eigene nachhaltige Energieerzeugung kann vor zukünftigen Preisschwankungen und den langfristig steigenden CO₂-Abgaben schützen.

Inflation – Permanent oder Temporär?

Beispiel USA

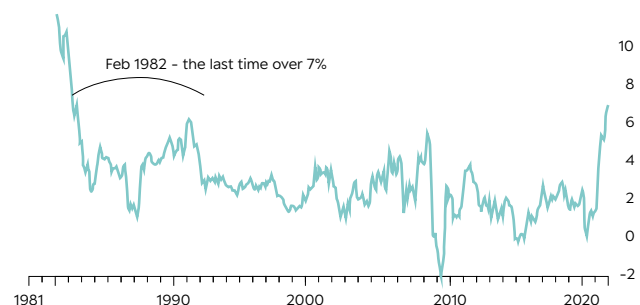
Gegen Ende 2021 gingen viele Experten noch von einer temporären Erhöhung der Inflation aus. Neueste Entwicklungen in den USA, die auch für Deutschland gelten könnten weisen allerdings auf ein länger anhaltendes Problem hin. Im Dezember 2021 hat die Inflation in den USA schon bereits 7,0% erreicht. Das ist die höchste Inflationsrate seit 1982.

Da die Kerninflation (ohne volatile Lebensmittel und Energiepreise) in den USA für 2021 sogar höher ist als die Gesamtinflation, geht auch die Notenbank der USA, die Fed, davon aus, dass die Inflation nicht so schnell wieder verschwinden wird. Die Haupttreiber sind gestiegene Mieten sowie höhere Preise für gebrauchte Fahrzeuge, welche in den USA schon 40% höher liegen als vor einem Jahr.

Obwohl die US-Regierung Maßnahmen zur Beseitigung von Engpässen an Häfen, wettbewerbswidrigem Verhalten in der Fleischindustrie getroffen hat und zu mehr globaler Ölförderung ermutigt hat, ist die Inflation nicht gesunken, steigt jedoch nun langsamer an.

Sollten sich die Lieferkettenprobleme verschärfen, eine neue gefährlich Coronavariante auftauchen, die Energiepreise noch weiter steigen und die USA andere inflationsbekämpfende Maßnahmen, wie das Widerrufen der Trump-Zölle nicht nutzen und sich eine Lohn-Preis-Spirale bildet, könnte sich eine Inflation verselbstständigen. Alternativ würden starke monetäre Eingriffe, wie das Erhöhen der Zinsen oder der Abbau der Bilanzsumme der Notenbank einen langsameren wirtschaftlichen Aufschwung, bzw. Ausbleiben des Aufschwungs und eine starke Korrektur des Aktienmarktes bedeuten.

US inflation hits 7% for first time in almost 40 years



Sonderszenario Stagflation

Die Krise nach der Krise

Szenario 1: Ungebremste Stagflation

- Eine Lohn-Preis-Spirale verschärft die Situation weiter.
- Das steigende Preisniveau drückt die Nachfrage ebenfalls und damit auch das Angebot langfristig steigende Arbeitslosigkeit.
- Vertrauen in die Märkte kollabiert.
- Verminderte Bankkredite.
- Waren- und Kapitalströme kommen zum Erliegen.

Stagflation ist das gleichzeitige Auftreten von wirtschaftlicher Stagnation und gleichzeitig steigendem Preisniveau

Szenario 2: Gegenmaßnahmen

- Etablierte monetäre und fiskale Maßnahmen schließen sich aufgrund des gleichzeitigen Auftretens von konjunktureller Stagnation und Inflation an.
- Lösung: Abwarten bis der Preisschock verarbeitet ist und Gegensteuern gegen die Lohn-Preis-Spirale.
- Liberalisierung der Arbeitsmärkte.
- Maßnahmen zur leichteren Integration von Arbeitslosen.

Szenario 3: Inflation oder Stagnation sind nur temporär

- Sollte sich entweder die Stagnation oder die Inflation ohne wirtschaftspolitische Maßnahmen auflösen, ständen dem Staat und der EZB wieder die klassischen monetären und fiskalen Maßnahmen zur Bekämpfung einer Stagnation oder Inflation zur Verfügung.

Zombie-Unternehmen

Drohende Pleitewelle und Innovationsstau

Im Q2 2021 ist der Insolvenzschutz für Unternehmen in der Coronakrise ausgelaufen. Trotzdem kam es bisher zu keinem messbaren Anstieg der Insolvenzen: Für 2021 werden ca. 14.300 Firmeninsolvenzen erwartet. Im Vergleich: 2019 vor den Auswirkungen der Corona Pandemie waren es 19.000. Die Wirtschaftsauskunftei Crefo sieht die Anzahl dieser sogenannten Zombie-Unternehmen bei 550.000 bis 650.000. Trotz des ausgelaufenen Insolvenzschutzes ohne eine Explosion der Insolvenzen, werden Expertenmeinungen laut, die vor einer Zunahme an sogenannten Zombieunternehmen ausgehen. Ein Zombieunternehmen ist ein hoch verschuldetes Unternehmen mit einem unprofitablen Geschäftsbetrieb und deshalb nicht in der Lage, seine Zinsen für die aufgenommenen Kredite zu bezahlen.

Durch langfristig niedrige Zinsen in der Vergangenheit, konnten sich viele Unternehmen, welche bei höheren Zinsen nicht wirtschaftlich sind am Leben halten. Durch die hohe Inflation entsteht nun für all diese Unternehmen das Risiko von höheren Zinszahlungen, die letztendlich zur Insolvenz führen können.

Besonders auch aufgrund der gießkannenartigen Verteilung der Coronahilfen, welche sich vor allem für etablierte Unternehmen nur auf den Umsatzeinbruch zum Vergleichsjahr 2019 berechnen, soll es viele Zombieunternehmen geben, welche jetzt noch Hilfen kassieren, aber sobald die staatlichen Hilfen auslaufen nicht mehr zukunftsfähig und insolvenzreif seien.

Diese Berechnung anhand des Vergleichsjahrs 2019 ist durchaus problematisch: nicht alle Umsatzeinbußen seit 2019 sind direkt mit den staatlichen Eingriffen in den Geschäftsbetrieb verbunden, welche durch die Hilfen ausgeglichen werden sollen. Die Welt seit 2019 hat sich stark verändert: Online-Konferenzen werden auch in Zukunft viele Geschäftsreisen ersetzen. Ökono-

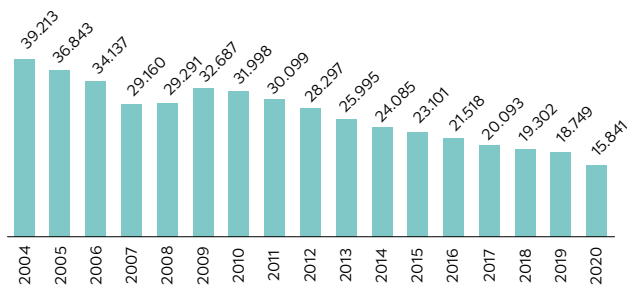
Die Frage ist: was passiert, wenn die Hilfen auslaufen und die Zinsen angehoben werden? Dann würde nach den Coronawellen eine große Insolvenzwelle drohen. Als Alternative zu einer Pleitewelle rechnen führende Ökonomen allerdings mit mehreren Verlängerungen der Staatshilfen

men stellen die Hilfen an solche Unternehmen, bei welchen die Umsatzeinbußen nicht mehr auf staatliche Eingriffe sondern auf einen grundlegenden strukturellen Wandel zurückzuführen sind, deshalb zurecht infrage.

Auch die Allokation von Knowhow und Kapital in der Volkswirtschaft Deutschland ist so nicht effizient. Während Unternehmen die von einem strukturellen Wandel betroffen sind, längst insolvent wären und Kapital und Knowhow in zukunftsträgigeren Geschäftsmodel-

len tätig sein könnten, stecken sie in Betrieben fest, welche längst der Vergangenheit angehören. Dieses Ausbleiben der natürlichen Auslese, oder auch der „Selbstreinigungsprozess der Wirtschaft“ ist ein nicht zu unterschätzender Faktor für die Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft in Deutschland. Zusätzlich weisen Ökonomen darauf hin, dass die Hilfen nicht nur Zombies am Leben halte, die Ressourcen binden, sondern dass die Hilfen, die an den Umsatzrückgang gebunden sind, Fehlanreize für die eigenständige Transformation des Geschäftsmodells bieten. So würden zum Beispiel Restaurants, welche noch keinen Online-Shop oder Lieferdienst eingerichtet haben, lieber die Hilfen kassieren, für die sie kein unternehmerisches Risiko eingehen und neue Investitionen tätigen müssten.

Unternehmensinsolvenzen in Deutschland bis 2020



Auswirkungen für den Mittelstand

Bewusstsein über das Auslaufen der Hilfen

Unabhängig davon, ob die Hilfen verlängert werden oder nicht, werden sie irgendwann auslaufen. Mittelständler sollten bis dahin analysieren, ob sie aktuell ohne die Hilfen ihre Forderungen zurückzahlen können und sollte dies nicht der Fall sein, rechtzeitig ihre Unternehmen restrukturieren.

Investition in ein zukunftsfähiges Geschäftsmodell

Langfristig lohnt sich die Investition in ein zukunftsfähiges Geschäftsmodell, besonders wenn die Konkurrenz den rechtzeitigen Einstieg in die Megatrends Nachhaltigkeit und Digitale Transformation verpasst. Privathaushalte konnten während der Pandemie durch Konsumeinsparungen Kapital ansammeln, welches jetzt zur Finanzierung der Transformation von kleinen und mittelständischen Unternehmen zum Beispiel über Crowd-Investing Plattformen zur Verfügung steht.



Energiemarkt

Explosion der Energiepreise setzt sich fort

Hintergrund

Der Hintergrund der steigenden Energiepreise in 2021 und zum Jahreswechsel 2022 ist komplex und hat mehrere Ursachen: Die Wirtschaft vor allem in Asien erholt sich schneller als gedacht, wodurch die Nachfrage steigt. China hat einen Handelsstreit um Kohle mit Australien begonnen. In Europa werden die CO₂-Emissionszertifikate teurer, Deutschland erhebt zusätzlich eine CO₂-Abgabe und vollendet den Atomausstieg, die Energiereserven in Europa sind leer, aufgrund eines langen Winters 2021 sowie Windflauten, und zwischen der NATO und Russland gibt es neue Spannungen um die Ukraine und die Fertigstellung von Nordstream 2.

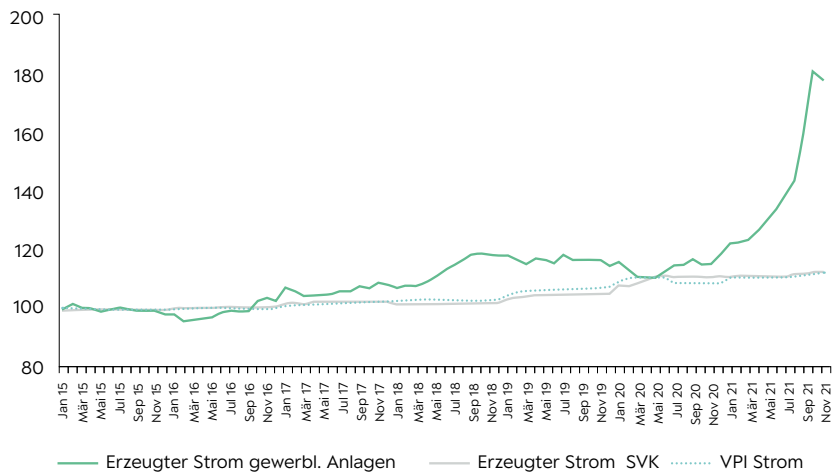
Auswirkungen

Aufgrund der bereits erwähnten sprunghaft angestiegenen Bezugspreise haben einige, vor allem günstige Energieanbieter, welche sich nur kurzfristig an den Energiemärkten eindecken, ihren Betrieb eingestellt und auch längerfristige Verträge mit Unternehmen gekündigt. Unternehmen denen der Vertrag gekündigt wurde, könnten zwar auf Einhaltung des Vertrags und Schadensersatz klagen, solange der Energieanbieter nicht insolvent ist, trotzdem müssen die Unternehmen zunächst kurzfristig sehr teure Verträge mit anderen Anbietern abschließen.

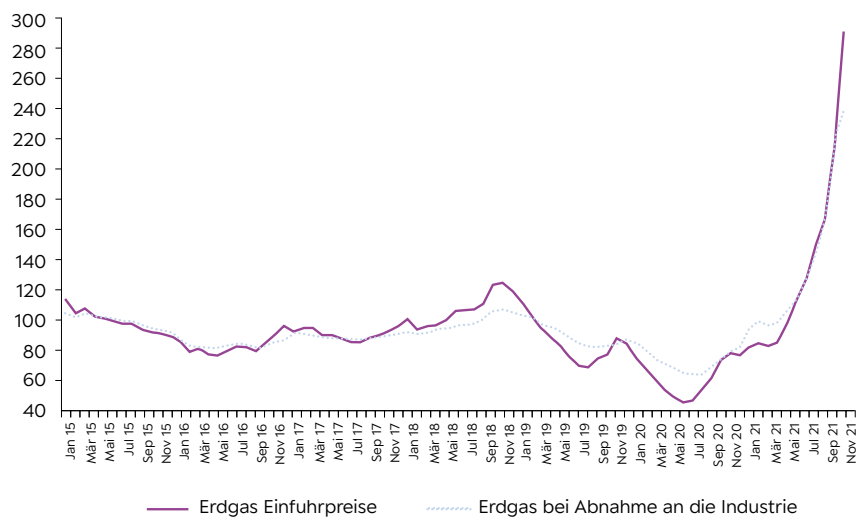
Weitere Entwicklung

Zu Beginn 2022 dürften die Energiepreise aufgrund der Betriebseinstellung einiger Anbieter und der neuen Klimaabgaben kurzfristig noch teurer werden. Zudem gibt es kaum Planungssicherheit für 2022, da die Lage an den Energiemärkten extrem volatil ist und es mehrere unabhängige Preistreiber gibt. Grundsätzlich ist allerdings in Deutschland auf längere Sicht ein starker Rückgang auf das vorige Preisniveau unwahrscheinlich, da CO₂-Abgaben bleiben und der Atomausstieg sowie der Wandel zu investitionsbindenden erneuerbaren Energien anhalten wird. Auch die Entwicklung um Nordstream 2, welche wiederum mit dem Ukraine Konflikt zusammenhängt wird die Energiepreise stark beeinflussen. Bei einer erfolgreichen Inbetriebnahme würden die Gaspreise sinken, bei einer Eskalation, wohl noch weiter steigen.

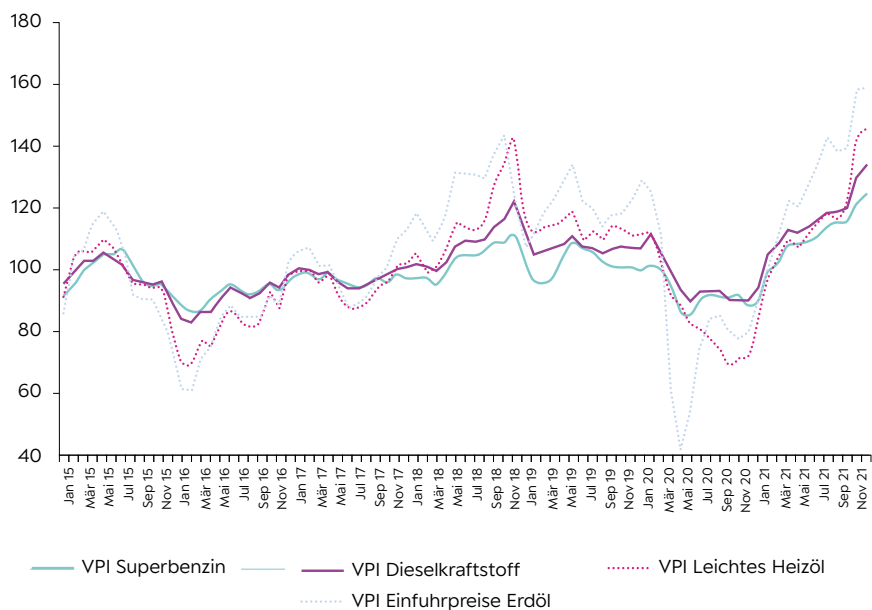
Stromindizes



Erdgasindizes



Kraftstoffe und Erdölindizes





Geopolitik

Ukraine – Zwischen Europa und Russland

Aufgrund der Schwäche der Wirtschaft, sowie fehlender außenpolitischer Stärke der USA, einer neuen außenpolitisch unerfahrenen Bundesregierung und der Energieengpässe Europas sieht Russland eine optimale Chance den Westen zu Zugeständnissen in der osteuropäischen Sicherheitsarchitektur zu zwingen. Gespräche zwischen Russland und den USA über die Zukunft der Ukraine und die Sicherheitsarchitektur finden aktuell (07.02.2022) statt. Aktuell verfolgen beide Seiten eine Doppelstrategie bestehend aus Drohungen / Abschreckung und der Zusage an diplomatischen lösungsorientierten Gesprächen. Die Ergebnisse der ersten Gespräche im Januar 2022 wurden allerdings zunächst ohne Ergebnisse beendet. Was sind realistische Szenarien für die Entwicklung der Ukraine und dem Umgang mit Russland im Jahr 2022?

Szenario 1: Russland marschiert tatsächlich in die Ukraine ein – Wahrscheinlichkeit hoch

Eine Invasion Russlands hätte wohl zumindest dramatische wirtschaftliche Sanktionen seitens den USA und der EU zur Folge. Auch ein militärisches Eingreifen der NATO wäre möglich. Dass Russland einen tatsächlich offenen Krieg riskiert wird immer wahrscheinlicher und ist mittlerweile im Rahmen des Möglichen. Sogar ein Durchmarsch bis in NATO-Grenzgebiete ist mittlerweile denkbar. Abzuwarten bleibt, ob Russland sich diese Manöver wirtschaftlich leisten will und ob es weitere Unterstützer und Verbündete gewinnen kann (z.B. China).

Szenario 2: Gemeinsame Lösung – Wahrscheinlichkeit niedrig

USA und NATO geben Russland Garantien, bzw. beide Seiten nähern sich an und finden gemeinsame Lösung. Sanktionen werden zurückgenommen, Nord Stream 2 wird fertiggestellt, Handel mit Russland treibt Konjunkturaufschwung.

Szenario 3: Hybrider Krieg – Wahrscheinlichkeit mittel

Belarus nutzt Flüchtlinge weiter um Europa unter Druck zu setzen. Gaslieferungen aus Russland bleiben minimal. Cyberangriffe auf Ukraine und Europa bleiben bestehen und nehmen weiter zu. Russland schwächt die ukrainische Wirtschaft mit weiteren Sanktionen, Einfuhrverboten, Darlehenskürzungen durch russische Banken, Verunsicherung von Investoren durch weitere militärische Bedrohung etc.

Auswirkungen für den Mittelstand

- Jegliche militärische Aktionen in der Region sind schädlich für wirtschaftliches Engagement und Investitionen.
- Drohende Beeinträchtigung ukrainischer Häfen durch russische Blockade im schwarzen Meer.
- Sanktionen gegen Russland würden vor allem Mittelständler treffen, die nach Russland exportieren; das hätte allerdings auch volkswirtschaftliche Beeinträchtigungen zur Folge.
- Energiepreise würden bei einer Eskalation hoch bleiben.
- Cyberrisiko für die deutsche Wirtschaft würde steigen.
- Bei einer Entspannung gäbe es neue Chancen für mittelständische Unternehmen in Osteuropa. (Sanktionen würden sich entspannen und Investitionssicherheit in der Ukraine und in Russland würde sich erhöhen)





Aktuelle Lage

Stand 24.02.2022

In unserem Jahresreport 2021/2022 haben wir uns bereits ausführlich zum Konflikt in der Ukraine geäußert. Aufgrund des jüngsten Einmarsches russischer Truppen in das Staatsgebiet der Ukraine und der Luftangriffe auf ukrainische militärische Infrastruktur äußern wir uns nun erneut mit einem Update zur Lage in der Ukraine und den Folgen für kleine und mittlere Unternehmen in Deutschland, um Sie auf den aktuellen Stand zu bringen.

In den vergangenen Wochen und Monaten eskalierte die Krise in der Ukraine immer stärker. Die russischen Truppen an der Grenze wurden immer mehr. Die Warnungen der USA vor einem baldigen Einmarsch kamen immer häufiger. Nun, da die russische Regierung am 21. Februar 2022 die Separatistengebiete anerkannte und dort direkt Truppen zur sogenannten „Friedenssicherung“ entsandte, und nachdem alle diplomatischen Versuche gescheitert sind, einen geplanten russischen Einmarsch, welcher von russischer Seite immer dementiert wurde zu verhindern, begann die russische Führung in der Nacht vom 23. auf den 24. Februar den Angriff auf die Ukraine. In der Nacht wurden vor allem Cyber- und Raketenangriffe zur Neutralisierung der ukraini-

schen Militärflughäfen und sonstigen militärischen Einrichtungen durchgeführt. Seit dem Morgen des 24. Februars haben auch Militärfahrzeuge und Panzer die ukrainischen Grenzen überschritten – von Osten, Süden und Norden. Diese Bodeninvasion hat bis zum Abend des ersten Tags des Angriffs auch schon erhebliche Distanzen zurückgelegt und russische Panzer stehen schon kurz vor der ukrainischen Hauptstadt Kiew.

Falls Sie mehr zur politischen und ukrainischen Lage erfahren möchten und auf dem Laufenden bleiben möchten, empfehlen wir Ihnen aufgrund der Polarisierung in der heutigen Medienlandschaft und der schnellen Veränderung der Lage das breitgefächerte Informieren über Nachrichtensender aus verschiedensten politischen Spektren aus dem In- und Ausland. Quellen die wir für ein breites Informieren interessant finden, haben wir Ihnen am Ende dieses Updates aufgelistet.

Schon am Morgen des 24. Februars verkündeten Politiker des Westens, das komplette Ausrollen der angedrohten Sanktionen. Auch Bundesaußenministerin Anna-Lena Baerbock kündigte „massivste Sanktionen“ gegenüber Russland an. Wie genau diese Sanktionen aussehen werden, wurde vorher aus strategischen Gründen nicht offiziell verkündet, allerdings gibt es klare Vorstellungen, wie diese aussehen werden. Die wichtigsten Sanktionen mit den größten Auswirkungen werden wahrscheinlich sein:

- Einreiseverbote für Personen der russischen Elite. (bereits nach der Anerkennung der Separatistengebiete)
- Einfrieren von Vermögen der russischen Elite. (bereits nach der Anerkennung der Separatistengebiete)
- Ende von Nord Stream 2. (bereits nach der Anerkennung der Separatistengebiete)
- Verbot des Handels mit russischen Staatsanleihen. (bereits nach der Anerkennung der Separatistengebiete)
- Ausschluss russischer Aktien vom Handel.
- Exportverbote nach Russland von High-Tech Produkten wie Smartphones, Computer, Bauteilen für Autos und Flugzeuge, sowie Künstliche Intelligenz, Quantencomputer, Laser und Sensoren, Rüstung und Raumfahrt.
- Importverbote von russischem Gas und Öl.

Der Ausschluss Russlands vom Zahlungssystem SWIFT wird aktuell noch kontrovers diskutiert (wirtschaftliche Atombombe!)

Experten der internationalen Beziehungen, sind davon überzeugt, dass diese Sanktionen – unabhängig davon wie dramatisch sie sein werden – den Krieg in der Ukraine nicht beenden werden. Russland hat diese in ihr Kalkül bereits eingepreist. Das Ziel sei nicht mehr eine Verhinderung des Kriegs, sondern eine „Bestrafung“ Russlands, welche auch ein Exempel für andere Staaten sein soll, die eine feindliche Haltung gegenüber ihren Nachbarn hegen.

Über dies hinaus wird die Rolle Chinas wichtig sein. China könnte versuchen die Ausfälle im russischen Absatz und Beschaffungsmarkt durch verstärkten Handel auszugleichen, oder sogar Beihilfe beim aktiven Umgehen der Sanktionen geben. Sanktionen könnten auch aufgrund der Stützung der Wirtschaft durch die prall gefüllte russische Staatskasse, die seit Jahren durch Gold- und Dollarkäufe aufgestockt wurde, weniger wirksam sein, als erhofft. Die russische Reserve hat einen Wert von über 630 Milliarden USD (2015 waren es noch 370 Milliarden USD). Selbst wenn der ganze russische Export in Höhe von 320 Milliarden USD (2020) wegfallen würde, könnte Russland dies zwei Jahre lang aus seinen Reserven kompensieren.

Update
24.02.22

Einschätzung von Sym für kleine und mittelständische Unternehmen in Deutschland

Grundsätzlich ist die Entwicklung in der Ukraine durchwegs negativ für die gesamte Weltwirtschaft und auch für KMU's in Deutschland zu deuten. Negative Faktoren kommen zum einen aus dem direkten Eingreifen der russischen Armee in der Ukraine, was eine Unsicherheit an den Finanzmärkten auslöst und die Wirtschaft in der Ukraine zum kompletten Erliegen bringt. Die größeren Folgen der Entwicklung, insbesondere die vom Westen verhängten Sanktionen, sind allerdings politischer Natur.

Zur strukturierteren Einschätzung der Auswirkungen in der Ukraine, werden wir die Folgen klassifiziert nach den Kriterien Mittelbarkeit, Wahrscheinlichkeit, und Intensität der Auswirkungen analysieren:

Kurzfristige Auswirkungen

Börsencrash / Finanzmarktinstabilität

Am Tag der Invasion haben die globalen Finanzmärkte bereits deutliche Einbrüche verzeichnet. Der russische Aktienindex RTS stand zwischenzeitlich bei über 50% Verlust zum Vortag. Auch der DAX ist um fast 5% eingebrochen

Ein großer Teil der westlichen Sanktionen zielt auf die Teilnahme Russlands an den Finanzmärkten ab. Unter anderem wurde der Handel mit russischen Anleihen schon am 21. Februar ausgesetzt. Nach der Invasion ist ein Aussetzen des Handels mit russischen Aktien, sowie der Ausschluss Russlands vom Zahlungssystem SWIFT in der Diskussion.

Insbesondere der komplette Ausschluss von SWIFT wäre eine starke Belastung auch für die Finanzmärkte. Denn SWIFT ist ein Kommunikationssystem, das von Banken genutzt wird, um Informationen zu Finanztransaktionen in standardisierter Form auszutauschen und ist damit essenziell für das Funktionieren des internationalen Zahlungsverkehrs. SWIFT ist international dominierend und konkurrenzlos. Ein Ausschluss von SWIFT würde bedeuten, dass dem russischen Staat, aber auch russischen Unternehmen und Bürgern der Zugang zum internationalen Finanzsystem verwehrt wird. Dadurch wäre unter anderem das

Begleichen von internationalen Krediten bis auf weiteres stark eingeschränkt, das Risiko eines Zusammenbrechens des Finanzsystems ist dadurch erhöht, laut Experten der Großbanken CS und UBS sind die Finanzmärkte allerdings gewappnet.

Wahrscheinlichkeit:	Mittel
Auswirkung:	Hoch

Wirtschaftskrise

Der Ausschluss aus SWIFT würde kleine und mittelständische Unternehmen in Deutschland auch direkt treffen. Denn durch den Ausschluss aus SWIFT wäre auch das Senden und Empfangen von Geldtransfers nach oder von Russland weitgehend eingeschränkt. Existierende Lieferanten- oder Kundenbeziehungen könnten dann zum Erliegen kommen. Insbesondere Unternehmen aus Ostdeutschland, aber auch aus Bayern haben vertiefte Verflechtungen mit der russischen Wirtschaft und wären hier verstärkt getroffen. Auch Unternehmen mit einem eigenen Vertriebs- oder Produktionsstandort in Russland wären getroffen. Selbst wenn Russland nicht von SWIFT ausgeschlossen wird, kommen trotzdem weitere Sanktionen zum Tragen, wie das Exportverbot von sogenannten High-Tech Produkten, welches auch Bauteile für Autos oder Flugzeuge miteinschließt. Zudem dürfte sich die wirtschaftliche Lage in Russland aufgrund der Sanktionen allgemein eintrüben, dies wird auch Auswirkungen auf den Absatz in Russland von deutschen Unternehmen haben, welche nicht unmittelbar durch die Sanktionen betroffen sind. Exporte nach Russland sind vor allem Autos und Maschinen, Importe aus Russland und der Ukraine sind vor allem Energie und Rohstoffe, Software aber auch Weizen.

Wahrscheinlichkeit:	Mittel
Auswirkung:	Mittel



Energie- und Rohstoffengpässe

Auch auf das Bezahlen von Gas- und Öllieferungen aus Russland, hätte ein Ausschluss Russlands von SWIFT Auswirkungen. Als Beispiel dient der Iran, welcher ebenfalls 2012 aus dem SWIFT System ausgeschlossen wurde und seither praktisch kein Öl mehr auf dem Weltmarkt anbieten konnte. Auch unabhängig von SWIFT gibt es jetzt schon Energieengpässe durch limitierte Gaslieferungen, welche als Druckmittel von Russland selbst initiiert wurden. Insbesondere in der aktuellen Situation ist also nicht mit einer Ausweitung der angebotenen Menge und einer Entspannung der Situation zu rechnen. Zwar importiert Deutschland nun mehr Flüssiggas über das Flüssiggasterminal am Hafen in Rotterdam und baut selbst zwei Flüssiggasterminals (was allerdings lange dauert), dies dürfte allerdings kaum das günstige russische Gas in hohen Mengen ersetzen. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck erklärt allerdings, dass die Energieversorgung sichergestellt sei, selbst wenn die Gaslieferungen aus Russland zum Erliegen kommen. Das größte Risiko dürften also astronomisch steigende Preise sein. Schon am 24. Februar ist der Ölpreis auf über 100 USD gestiegen, ein Höchstpreis seit 2014. Auch der sowieso schon hohe Gaspreis legte innerhalb eines Tages noch über 50% zu. Gesamtwirtschaftlich wird dies die deutsche Wirtschaft, zunächst vor allem das verarbeitende Gewerbe und weniger den Dienstleistungsbereich von allen Auswirkungen der Krise am härtesten treffen und gefährdet den post-Covid Aufschwung. Das Abschaffen der EEG-Umlage durch die Ampel-

koalition ab dem 01. Juli wird die Entwicklung der steigenden Energiekosten für Unternehmen und Privatpersonen allerdings etwas abfedern.

Nicht nur auf dem Energiemarkt allerdings kommt ein Großteil des Angebots in Europa von Russland. Auch bei einigen wichtigen Rohstoffen, wie unter anderem Titan, welches in der Automobilindustrie benötigt wird, aber auch bei Palladium und Aluminium sind wir von russischen Lieferungen abhängig. Sollte Russland rational handeln und die eigene Wirtschaft weitgehend schützen wollen, würde es wohl keine eigenen Exportbegrenzungen bei Rohstoffen und Energie als Gegensanktionen geben, da diese die angeschlagene russische Wirtschaft stärker treffen würde, als die europäische und amerikanische. Dass Putin nicht immer wirtschaftlich rational handelt, sieht man allerdings beim Einmarsch in die Ukraine, der nicht nur aufgrund der Sanktionen teuer ist, sondern auch aufgrund der tatsächlichen Kosten des Angriffs und einer möglichen Besatzung. Der wirtschaftliche Gewinn, selbst bei einer Annexion der Ukraine (dem ärmsten Land in Europa) ist dagegen gering.

Wahrscheinlichkeit:	Hoch
Auswirkung:	Mittel

Update
24.02.22

Cyberangriffe

Schon in den vergangenen Wochen wurde eine erhöhte Anzahl an Cyberangriffen aus Russland vor allem in der Ukraine, aber auch auf die Infrastruktur in Deutschland verzeichnet. Vor allem bei harten Sanktionen gegenüber Russland oder bei Waffenlieferungen in die Ukraine ist mit einer erhöhten Motivation Russlands für Cyberangriffe auf Deutschland zu rechnen. Insbesondere die kritische Infrastruktur (wie zum Beispiel Kraftwerke, Wasser- und Stromversorgung, Regierungswebsites, Banken, Zugverbindungen) und wichtige Unternehmen seien hiervon gefährdet. Ein Cyberangriff auf deutsche Infrastruktur nach Sanktionen gegenüber Russland wären nichts Neues. Bereits 2015 nach den Sanktionen aufgrund der Annexion der Krim wurde der deutsche Bundestag wochenlang angegriffen und es wurden über 16 Gigabyte an sensiblen Informationen von russischen Hackern erbeutet. Selbst der Laptop der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel war davon betroffen.

Lesen Sie mehr über Cyberangriffe im Sym Jahresreport 2021/2022 auf Seite 76

Wahrscheinlichkeit: Hoch
Auswirkung: Mittel

Inflation

Mangel bei Energie und Rohstoffen, sowie bei anderen Waren wie Weizen aus Russland werden weiterhin die Inflation treiben. Diese könnte ebenfalls der Nachfrage und dem Konjunkturaufschwung einen Dämpfer versetzen. Der Preisanstieg bei Rohstoffen und Energie treibt die Kosten für die Produktion in Deutschland und damit auch die deutsche Wettbewerbsfähigkeit am Weltmarkt im Vergleich zu Regionen in denen Energie deutlich günstiger ist. Je länger die hohe Inflation anhält, desto wahrscheinlicher werden Zweitrundeneffekte, wie eine Lohn-Preis-Spirale, welche die Inflation verselbständigen würde.

Lesen Sie mehr über Inflation im Sym Jahresreport 2021/2022 auf Seite 30

Wahrscheinlichkeit: Hoch
Auswirkung: Niedrig

Mittelfristige Szenarien und Folgen

Anbinden der Ukraine an Russland

Aufgrund der militärischen Übermacht Russlands im Vergleich zu den ukrainischen Kräften und des schnellen Vormarsches ist davon auszugehen, dass Russland kurzfristig die Kontrolle über die Ukraine erhalten wird. Laut russischen Berichten haben einige ukrainische Soldaten bereits ihre Waffen niedergelegt. Nach dem Besetzen der Ukraine, welche entweder durch eine Russland-freundliche Regierung (wie bei Belarus), oder durch eine Integration (eventuell durch eine manipulierte Abstimmung wie bei der Krim) an Russland gebunden werden wird, würde es auch durch das Fortbestehen der Sanktionen einen neuen kalten Krieg geben, bei dem auch der Handel nach Osteuropa eingeschränkt wäre und es anhaltende Flüchtlingsströme nach Deutschland gäbe.

Wahrscheinlichkeit:	Hoch
Auswirkung:	Mittel

Rückzug Russlands nach Guerilla-Widerstand der Ukrainer

Selbst nachdem Russland große Teile des Landes kontrolliert, gehen die Kämpfe weiter. Die ukrainischen Streitkräfte reorganisieren sich und nutzen die vom Westen bereitgestellten Waffen, die ein Fortführen der Kämpfe teuer und blutig für Russland machen. Auch die patriotische und gut bewaffnete ukrainische Bevölkerung leistet erbitterten Widerstand in den besetzten Gebieten und führt einen erfolgreichen Guerrillakrieg (Beispiele

Vietnam, Afghanistan etc.). Durch die hohen wirtschaftlichen Kosten durch Sanktionen, die Kosten der Besatzung und eigene militärische Verluste zieht sich die russische Regierung aus Angst vor einer Revolution in Russland aus der Ukraine zurück.

Wahrscheinlichkeit:	Niedrig
Auswirkung:	Niedrig

Verwicklung der NATO in den Konflikt

Geplant, oder aus einem Versehen Russlands oder eines NATO-Mitglieds, wird die NATO in den Krieg verwickelt. Grundsätzlich ist die Armee der NATO der Russlands deutlich überlegen. Trotzdem wäre ein Ausgang eines solchen Konflikts aufgrund der großen Zahl der Variablen unklar. Die Rolle Chinas, der Einsatz von Atomwaffen, das tatsächliche Verantwortungsbewusstsein der NATO-Bündnispartner und das Geschick der Kriegsführung machen alle Ausgänge möglich. Insbesondere, wenn die NATO (USA) sich nicht bereit erklären würde, den Bündnisfall bei einem Angriff auf ein kleineres Mitglied, wie einer der baltischen Staaten (z.B. Litauen), auszurufen, könnte die NATO schnell zerfallen. Je nachdem, wie der Konflikt ausgehen würde, könnte es eine neue Weltordnung geben (wenn es noch eine Welt gäbe, wie wir sie heute kennen).

Wahrscheinlichkeit:	Niedrig
Auswirkung:	Extrem

Update
24.02.22

Langfristige Szenarien und Folgen

Invasion Chinas in Taiwan nach russischem Vorbild

Abhängig davon, wie der Krieg in der Ukraine verläuft, wie entschlossen der Westen Russland gegenübertritt und wie wirkungsvoll die Sanktionen sind, könnte sich China nach einem schwachen Auftreten des Westens in Afghanistan und nun auch in der Ukraine dazu entschließen, diese militärische-, aber auch aktuelle relative wirtschaftliche Schwäche im Vergleich zu China, welches wirtschaftlich nicht so stark von der Coronapandemie getroffen wurde auszunutzen und die bereits angedrohte Invasion nach Taiwan vollziehen. Neben den langfristigen politischen Folgen einer solchen Invasion, wäre vor allem der Handel mit Elektronik, Halbleiter und Computerchips beeinträchtigt.

Lesen Sie mehr zu der Lage in Taiwan im Sym Jahresreport 2021/2022 auf Seite 72

Wahrscheinlichkeit:	Hoch
Auswirkung:	Hoch

China-Russland Allianz

Starke Sanktionen gegenüber Russland, könnte die Nuklearmacht zu einem Bündnis als Juniorpartner mit der Wirtschaftsmacht China drängen. Ein China-Russland Block wäre eine militärische und wirtschaftliche Supermacht, welche eine exklusive Einflusszone vor allem in Zentralasien hätte. Sollten beide Parteien sich und ihre Einflusszone zu einem gemeinsamen

Wirtschaftsblock zusammenschließen, Zölle untereinander abschaffen und Zölle nach außen erhöhen, hätte das eine drastische Deglobalisierung zur Folge. Europa und der Westen würden dann an Handelsmacht verlieren und Importe aus China müssten entweder ersetzt werden oder wären deutlich teurer. Vor allem im exportabhängigen Deutschland wäre ein wirtschaftlicher Abschwung die Konsequenz.

Zudem haben sich beide Mächte in der Vergangenheit als Aggressoren herausgestellt. Eine Allianz könnte ein deutlich höheres politisches Risiko für Unternehmen die in Asien, besonders in Taiwan oder Südostasien, dem mittleren Osten, oder in Osteuropa tätig sind bedeuten. Aufgrund des starken Einflusses Chinas in Afrika, hätte eine russisch-chinesische Abschottung gegenüber dem Westen auch Einfluss auf europäische wirtschaftliche Aktivitäten im Wachstumsmarkt Afrika.

Auch ein Ausschluss von Russland aus dem SWIFT-System könnte die globale Stellung und die Finanzhoheit des Westens langfristig schwächen. Es wäre damit zu rechnen, dass China und Russland ihre eigenen Systeme, welche sie schon entwickelt haben, vorantreiben würden, und dadurch noch unabhängiger vom Westen agieren könnten.

Lesen Sie mehr zu einer Allianz zwischen Russland und China im Sym Jahresreport 2021/2022 auf Seite 73

Wahrscheinlichkeit:	Hoch
Auswirkung:	Hoch



Weiterer Verlauf der Corona-Pandemie

Wird es weitere Wellen geben oder ist Corona vorbei?

Als die Coronapandemie Anfang 2020 in China öffentlich wurde, hat kaum jemand gedacht, dass uns eine globale Pandemie bis jetzt – ins Jahr 2022 verfolgt. Auch zwischen den vier Wellen, die wir in Deutschland schon erlebt haben, kam immer wieder große Hoffnung auf, dass die Pandemie bald vorbei sei. Zwar haben wir Erfahrungen im Kampf gegen das Virus gewonnen und mehrere Verteidigungslinien etabliert: Masken, Kontaktvermeidung, Hygiene, Luftfilter, Impfungen, Tests, Medikamente und Lockdowns, allerdings hat sich auch das Virus immer weiter entwickelt und ist ansteckender denn je. Was erwartet uns 2022? Wird es endlich ein Ende der Pandemie geben?

Weiterer Pandemieverlauf durch Omikron

Die Omikron-Welle produzierte Fallzahlen in zuvor unvorstellbarer Höhe und trotz der geringeren Gefahr bei einer Infektion waren die Intensivstationen wieder beinahe ausgelastet. Der Höhepunkt von Omikron ist überschritten und langsam scheint sich das Licht am Ende des Tunnels bemerkbar zu machen: Es wird Sommer, Omikron scheint keine große Bedrohung mehr zu sein und aktuell bahnt sich keine weitere Welle an. Omikron könnte sogar ein wichtiger Schritt im Endemisch-werden des Virus sein.

Impfungen

Die Impfquote für Erstimpfungen in Deutschland ist mittlerweile bei 75% und steigt weiter stetig an. Parallel läuft die Booster Kampagne, welche die nachlassende Impfwirkung nach spätestens 6 Monaten ausgleichen soll. BioNTech, Moderna und AstraZeneca entwickeln zudem aktuell eine Impfung, welche speziell auf Omikron angepasst sein soll. Der Impfstoff von BioNTech, die wohl führend in der Entwicklung sind, könnte sogar schon im März 2022 ausgeliefert werden. Aktuell stehen bis zu sechs Impfungen im Raum. Pfizer spricht bereits von jährlichen unbegrenzten Impfungen.

Weitere Virusvarianten

Grundsätzlich besteht auch nach Omikron die Möglichkeit weiterer Varianten, welche zukünftige Wellen verursachen könnten. Führende Virologen, wie zum Beispiel Christian Drosten weisen darauf hin, dass Corona aus virologischer Sicht, „gar nicht mehr so viel mehr auf Lager hat als das, was es uns bisher zeigen konnte.“

Zudem nehmen die Lerneffekte und die Immunität der Gesellschaft mit jeder Welle zu, weshalb vorsichtig anzunehmen ist, dass zwar die Möglichkeit neuer Wellen besteht, die Wahrscheinlichkeit, dass diese allerdings das komplette Herunterfahren von Gesellschaft und Wirtschaft bedeuten, gering ist.

Auswirkungen für den Mittelstand

- Mit dem langsamen Erreichen der endemischen Phase endet vor allem für die Gastronomie und körpernahe Dienstleistungen der Krisenmodus.
- Trotzdem bleiben neue Varianten, gegen welche die Impfung möglicherweise nicht wirkt eine Gefahr.
- Mit dem Verlassen des Krisenmodus enden allerdings auch im Laufe der Zeit die staatlichen Hilfen und Unternehmen sollten vom Krisenbewältigungsmodus in den Zukunftsgestaltungsmodus wechseln.
- Durch eine Impfpflicht droht Zwist in der Belegschaft, dieser sollte behutsam, unemotional, neutral und fair für einen reibungslosen Geschäftsbetrieb geschlichtet werden.

Wirtschaftsrisiko China

Droht dem Wirtschaftsriesen mit Evergrande ein chinesisches Lehman-Event?

Die Evergrande Group ist Chinas zweitgrößter Immobilienkonzern und baut vor allem Wohnungen für die wachsende Mittel- und Oberschicht. 2021 musste Evergrande allerdings einen Umsatzeinbruch von 39 Prozent hinnehmen und ist offenbar nicht mehr in der Lage alle seine Projekte fertigzustellen und seine Schulden zu bedienen. Erst Ende 2021 ließ Evergrande Zinszahlungen in Höhe von 255 Millionen USD verstreichen. Die Gesamtschulden des Immobilienriesen betragen wohl über 300 Milliarden USD, damit ist das Unternehmen wohl „too-big-to-fail“. Auch andere chinesische Immobilienunternehmen scheinen allerdings immer stärker zu straucheln. Grund für diese sich anbahnende Immobilienkrise in China sind zum einen neue Regulierungen der Regierung in Peking, welche das Ziel haben der Überschuldung entgegenzusteuern und die Unternehmen zu höheren Liquiditätsreserven zu zwingen.

Inwiefern die Regierung in Peking auf die brisante Lage reagiert ist sehr intransparent, so scheinen hohe Regierungsbeamte schon an der Restrukturierung mitzuwirken, andererseits liess die Regierung Evergrande erst kürzlich 39 Hochhäuser abreißen, welche anscheinend illegal erreicht worden seien. Eine wahrscheinliche Lösung ist, dass die kommunistische Regierung einige Teile des Konzerns in die Insolvenz gehen lassen wird, um ein Exempel zu statuieren. Dies würde signalisieren, dass Unternehmen, die überschuldet sind und damit eine Gefahr für die Volkswirtschaft darstellen, nicht mit einer staatlichen Rettung rechnen können. Allerdings ist anzunehmen, dass ein größerer Teil zumindest teilweise aufgefangen wird, um chinesische Investoren und Kunden zu stützen.

Evergrande ist nur ein Symptom einer überschuldeten Wirtschaft in China, die, wenn sie zu kollabieren droht einen Flächenbrand und eine deutliche Korrektur zumindest in China auslösen würde. Inwiefern eine Pleite von Evergrande eine globale Finanzkrise auslösen könnte, ist allerdings umstritten, da der chinesische Finanzmarkt immer noch weitgehend abgeschottet sei. Im Gegensatz zu Lehman-Brothers 2008, sei Evergrande auch kein reines weit vernetztes Finanzunternehmen, das global weitreichende Vernetzungen hat, sondern „nur“ ein Projektentwickler, der zwar

internationale Investoren hat, aber trotz allem weitgehend auf China beschränkt ist. Gegenstimmen argumentieren, dass nicht nur die Immobilienbranche in China überschuldet ist, sondern das Problem systemisch sei und bis zur Überschuldung von Städten und Provinzen reiche. Eine Pleite von einem großen Konzern wie Evergrande, könnte also eine Kettenreaktion auslösen, die eine globale Wirtschaftskrise verursachen könnte. Eine Pleite von Evergrande würde sich allerdings in jedem Fall auf die Weltwirtschaft und globale Aktienmärkte, so wie auch auf das kurz bis mittelfristige Wirtschaftswachstum Chinas auswirken, welches für die gesamte Weltwirtschaft, vor allem für Exportländer wie Deutschland eine hohe Relevanz besitzt.

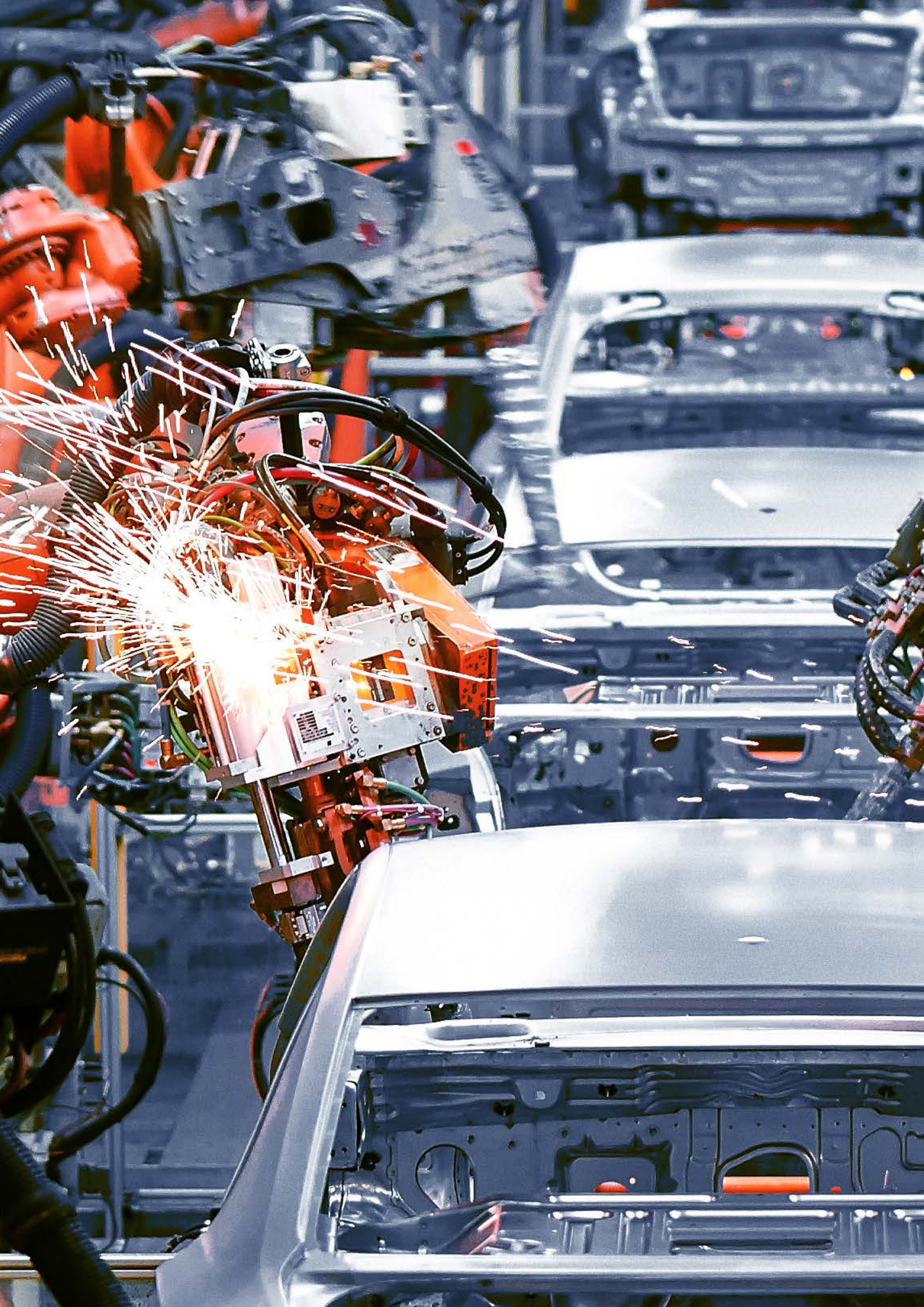
Unabhängig davon, wie die genaue Lösung für Evergrande aussieht: Die drohende Krise zeigt, wie wichtig China mittlerweile für die Weltwirtschaft geworden ist, welchen Einfluss die Entscheidungen der kommunistischen Führung auf die ganze Welt haben und gleichzeitig wie intransparent und unplanbar das Verhalten und die Entwicklung innerhalb von China ist. Wie auch schon Corona gezeigt hat, wird die Relevanz von Entwicklungen in China, gepaart mit einer hohen Informationsintransparenz und die auf Machterhalt fundierten Entscheidungen der kommunistischen Partei ein immer größeres und unkalkulierbares Wirtschaftsrisiko für die gesamte Welt.

Auswirkungen für den Mittelstand

Von einer Wirtschaftskrise in China wären sämtliche Unternehmen in Deutschland direkt oder indirekt betroffen. Exportlastige Industrien, wie die Automobilindustrie würden mit China in einem der größten Märkte – in vielen Industrien in dem größten Markt – starke Einbrüche erleben.

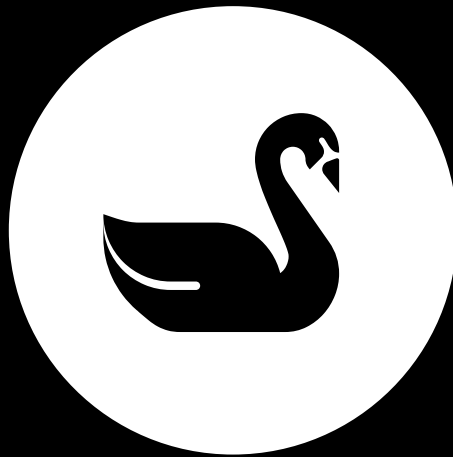
The background of the slide is a photograph of an industrial setting. It features a large, red robotic arm, likely a welding or grinding robot, which is actively producing a shower of bright sparks. The scene is set against a backdrop of blue industrial structures. Two large, white circular shapes are overlaid on the image: one at the top center containing the title, and another at the bottom left, leaving a significant portion of the lower half of the slide empty.

Ausblick bis 2030





Mögliche Schwarze Schwäne



Ein schwarzer Schwan ist in der Wirtschaft eine Bezeichnung für unerwartete und unwahrscheinliche zukünftige (positive oder negative) Ereignisse mit erheblichen Auswirkungen.

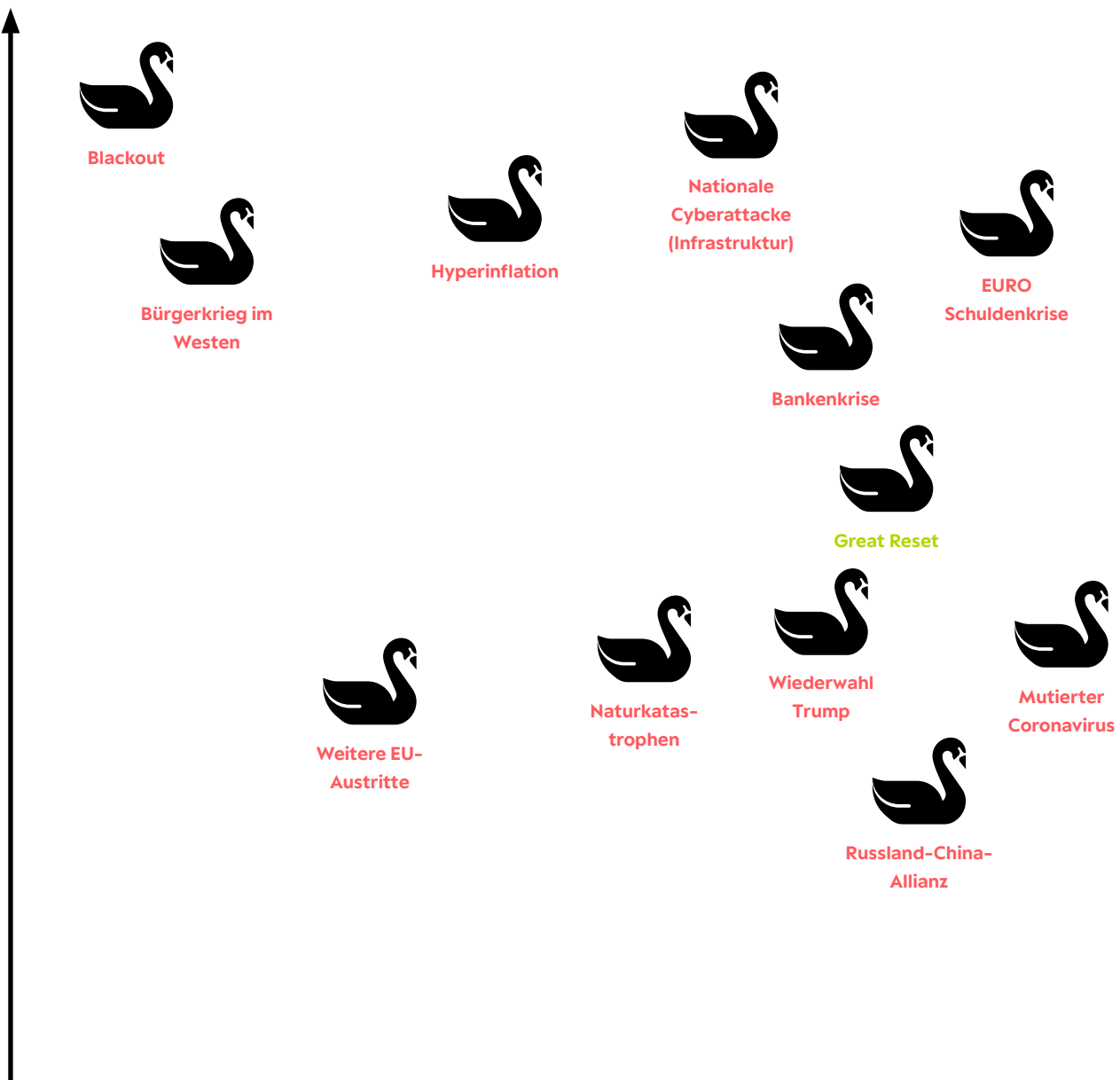
Schwarze Schwäne und Megatrends 2023-2030

Langfristige und graduelle Entwicklungen gehen oft unter, während einzelne Events die Berichterstattung überschatten.

Oft, aber nicht zwingenderweise haben einzelne große Events, zum Beispiel auch schwarze Schwäne eher negative Auswirkungen, während langfristige graduelle Entwicklungen oft positive Auswirkungen haben.

Um nicht wie andere langfristige Ausblicke oder die tagesaktuelle Berichterstattung dieser kognitiven Verzerrung („Negativity Instinct“) zu verfallen, möchten wir uns auch langfristigen Entwicklungen widmen und Chancen (bzw. auch Risiken), welche sich für sie in den kommenden Jahren ergeben können.

Auswirkung





Unternehmens-
verschuldung
China



Deglobalisierung



Neoökologie



Digitalisierung



New Work



Eskalation
Taiwan



Technologisches
Zurückfallen
Deutschlands



Cyberattacken
auf Unternehmen



China als größte
Wirtschaftsmacht



Culture
Wars



Silver Society

Wahrscheinlichkeit

Unternehmensverschuldung in China

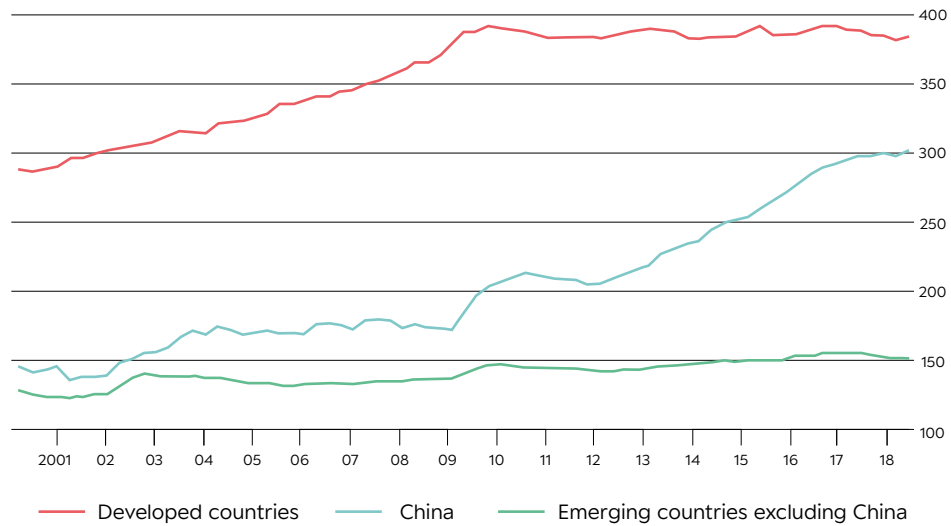
Seit der Finanzkrise 2008 finanzieren vor allem Unternehmen in China ihr Wachstum mit großen Mengen Fremdkapital. Aber auch der Staat hat seine Verschuldung seitdem durch die Finanzierung großer Investitionsprogramme erhöht. Seitdem hat das Wachstum des BIP der Volkswirtschaft von damals fast 10% pro Jahr auf nun etwas mehr als 5% pro Jahr abgenommen. Die Neuverschuldung blieb allerdings konstant. Nicht nur die Höhe der Schulden chinesischer Unternehmen hat in den letzten Jahren zugenommen, die ausgegebenen Schulden werden auch zunehmend als spekulativer deklariert.

Für ein Schwellenland hat China zusätzlich eine sehr hohe Staatsverschuldung, was im Fall einer Krise zu begrenzten fiskalen Rettungsmöglichkeiten führen könnte. Auch eine monetäre Reaktion, zum Beispiel eine Abwertung der Währung und Erhöhung des Exports würde auf starken internationalen Widerstand, besonders von den USA stoßen. China hat so kaum Möglichkeiten zu effektiven Bekämpfung der Schulden.

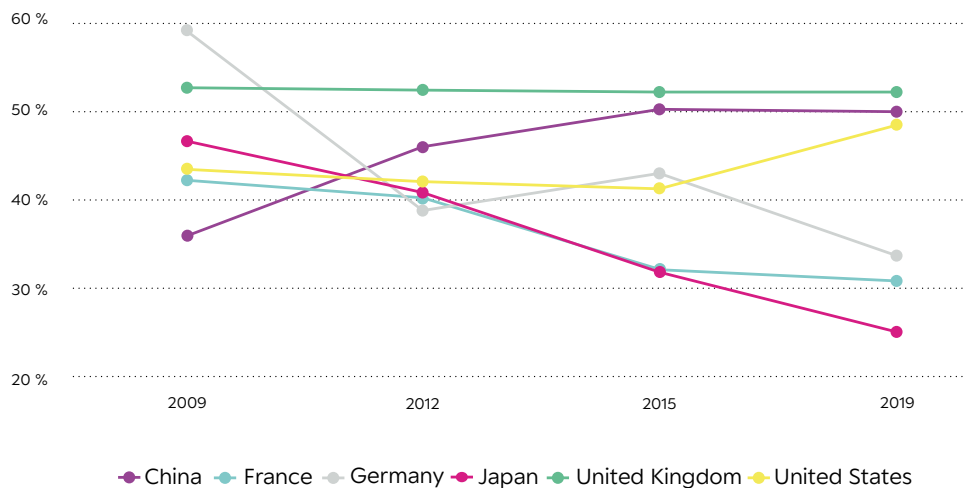
Wahrscheinlichkeit:	Mittel
Auswirkung:	Hoch



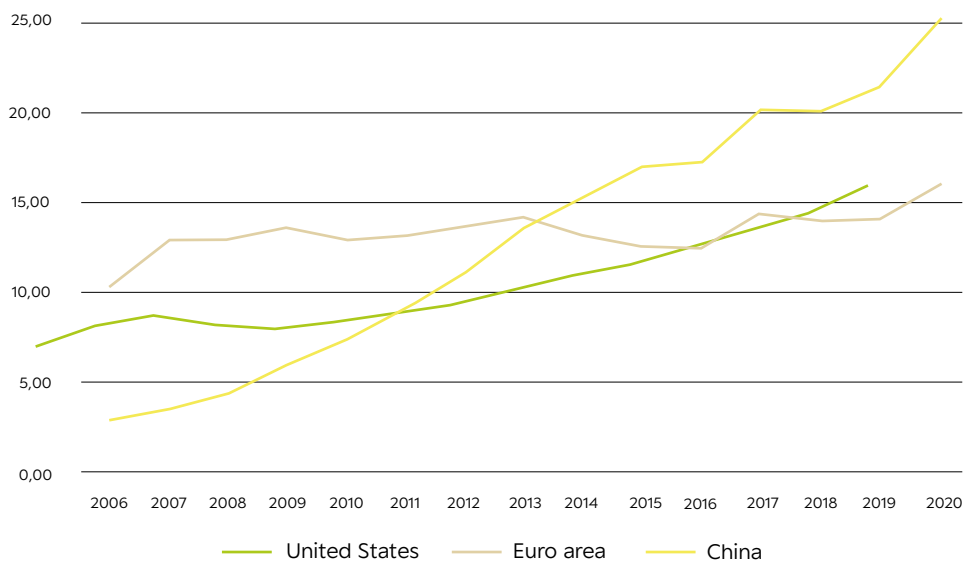
Debt as a % of GDP



Share of debt issued by nonfinancial firms in major economies which is rated as speculative grade from 2009 to 2019



Total nonfinancial corporation debt in major economies 2006-2020 in trillion USD



Erneute EURO-Schuldenkrise und Zerschlagen der Euro Zone

Bei der Bekämpfung der Wirtschaftskrise 2008–2009 hat sich der Erfolg von fiskalen Maßnahmen, wie unter anderem das Kurzarbeitergeld und Abwrackprämien für Autos gezeigt. Diese Strategie wenden die Regierungen auch in Europa, nun auch verstärkt bei der Bekämpfung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie an, diese beinhalten zum Beispiel Kurzarbeitergeld, vor allem aber auch Hilfen an Unternehmen. Hinzu kommen noch gestiegene Kosten im Gesundheitsbereich, und ein geringeres Steueraufkommen als vor der Pandemie und Steuerstundungen. Ähnlich sieht dies auch in unseren europäischen Nachbarstaaten aus. Zur Finanzierung der Hilfen wurden deshalb überall im Euroraum neue Schulden aufgenommen.

Viele Staaten rechtfertigen die massive Aufnahme von Krediten, durch die extrem niedrigen Zinsen und dem – gegenüberstehend – hohen Mehrwert der Investitionen durch die Verhinderung einer größeren konjunkturellen Krise. Aufgrund der stark angestiegenen Inflation, vor allem seit dem Q4 in 2021 werden von zahlreichen Experten, unter anderem von JP Morgan für 2022 und 2023 schnelle Zinserhöhungen (6–8 Zinsschritte) besonders in den USA erwartet. Die EZB sendet allerdings keine Signale für mögliche Zinserhöhungen im Euroraum. Zum einen geht sie davon aus, dass die Inflation nur temporär sei, zum anderen möchte die EZB durch höhere Zinsen nicht die stark verschuldeten Volkswirtschaften, besonders in Südeuropa unter Druck zu setzen.

Aus dieser Ausgangssituation ergeben sich folgende Szenarien mit Krisenpotenzial:

EZB erhöht Zinsen nicht + Fed erhöht Zinsen + Inflation sinkt von alleine wieder

long-arrow-alt-right Abwertung des Euro; Importe (Energie) werden noch teurer, Exporte werden gestärkt, Schuldenlast in Fremdwährungen erhöht sich.

EZB erhöht Zinsen nicht + Fed erhöht Zinsen + Inflation bleibt hoch

long-arrow-alt-right Abwertung des Euro; Importe (Energie) werden noch teurer, Exporte werden gestärkt, Unternehmensfinanzierung wird schwieriger, Schuldenlast in Fremdwährungen erhöht sich.

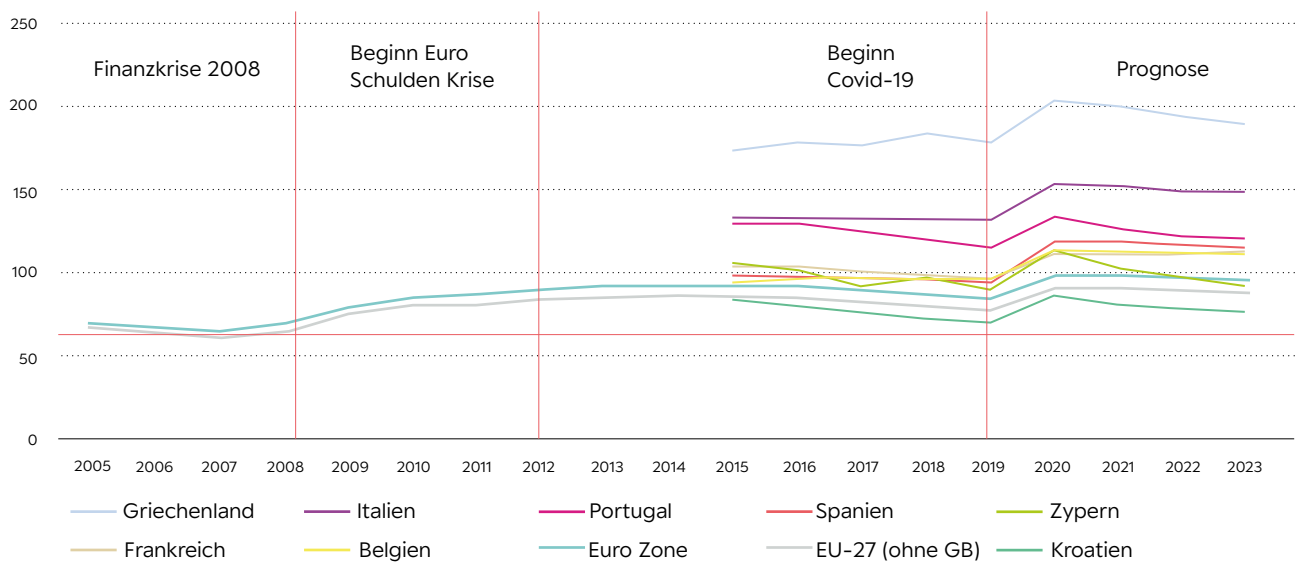
EZB erhöht Zinsen + Fed erhöht Zinsen + Inflation sinkt

long-arrow-alt-right Zinslast für Staaten erhöht sich, Unternehmensfinanzierungen werden schwieriger.

Experten weisen allerdings darauf hin, dass die Schuldenquote nach dem Ende der Pandemie durch ein hohes Wirtschaftswachstum automatisch sinken wird. Zudem sei ein Großteil der Bestandsschulden festverzinslich und wurde während der Niedrigzinsphase aufgenommen. Dies reduziert das Risiko eines Zahlungsausfalls deutlich. Staaten sollen sich deshalb eher auf eine Investitionsoffensive konzentrieren um die Wirtschaft wieder zu beleben und so, aus den Schulden herauszuwachsen.

Trotzdem bestünde das Risiko einer neuen Schuldenkrise, insbesondere wenn die Wirtschaft nicht in Schwung kommt, die Staatsschulden aufgrund von weiteren Hilfen noch weiter steigen, die Ankaufprogramme von Anleihen enden oder zurückgefahren werden, die Zinsen steigen, bzw. der Euro an Wert verliert. Eine neue Schuldenkrise, bzw. zahlungsunfähige Staaten Europas, könnte neue EU-Austritte (bzw. Eurozonen-Austritte) mit dem Ziel der Restrukturierung der Schulden bedeuten.

Staatsverschuldung Euro Zone Prognose



Auswirkungen für den Mittelstand

- Auseinandersetzen mit dem zukünftigen Finanzbedarf des Unternehmens.
- Möglichst Finanzierung aus eigenem Cash-Flow oder bankenunabhängig.
- Gibt es Schulden in Fremdwährungen, die zu einer Insolvenz führen könnten?
- Gibt es Lieferanten, die Rechnungen in einer Fremdwährung stellen?

Wahrscheinlichkeit: **Mittel**
Auswirkung: **Hoch**

Weitere Austritte aus der EU

Seit dem Brexit ist der Austritt aus der Europäischen Union kein Novum mehr. Sich verstärkende Spannungen innerhalb der EU werfen zudem die Frage auf, ob Großbritannien kein Einzelfall bleibt. Insbesondere zwischen den westeuropäischen Staaten und dem Osten gibt es eine immer größer werdende politische Spaltung. So werfen die westeuropäischen Staaten vor allem Ungarn und Polen vor, sie würden rechtstaatliche und demokratische Prinzipien außer Kraft setzen und die EU nicht als Wertgemeinschaft sehen, sondern sie nur ausnutzen um Subventionen zu erhalten. Die EU reagiert deshalb mit Geldstrafen für die beiden Länder, die mit zunehmender Zeit immer empfindlicher werden.

Zudem besteht auch eine Spannung zwischen dem europäischen Norden und dem Süden aufgrund der zunehmenden Staatsverschuldung im Süden und der deshalb eingeschränkten Möglichkeiten der EZB, unter welchen auch die Länder im Norden leiden (siehe Kapitel „Euro und Schuldenkrise“). Aufgrund der fiskalen Auflagen, für aus der Eurorettung für verschuldete Staaten, die durch den ESM unterstützt wurden, wurden allerdings auch in Südeuropa Stimmen laut, welche die EU als bevormundend verurteilen und eine Mitgliedschaft infrage stellen.

Abhängig davon, wie der Kurs der EU und der EZB während der Rezession und Inflation verläuft, könnte auch ein Austritt der sogenannten „sparsamen Vier“, welche sich schon zu Beginn der Corona-Pandemie gegen die gemeinsame Verschuldung

ausgesprochen haben, (Österreich, Niederlande, Schweden und Dänemark) möglich werden.

Insbesondere ein Austritt eines wirtschaftlich starken Landes, wie zum Beispiel Frankreich, in dem der Rassemblement National erstarkt, wäre katastrophal für den Binnenmarkt und die wirtschaftliche Planbarkeit von deutschen Unternehmen. Auch die Zukunft der EU könnte durch so einen Austritt komplett in Frage gestellt werden

In folgenden Ländern sind die Umfragewerte für den Anteil, welcher für einen Austritt stimmen würde aktuell am höchsten: Tschechien, Italien, Österreich und Spanien.

Auswirkungen für den Mittelstand

- Zölle können Bedingungen am Absatz oder Beschaffungsmarkt erschweren.
- Weniger Investitionen aus dem Ausland wegen politischer Unsicherheit.

Wahrscheinlichkeit:	Niedrig
Auswirkung:	Mittel



Bankenkrise / Anleihenkrise

Bankenkrise

Durch die lange Niedrigzinsphase sind die Erträge der Banken extrem erodiert. Obwohl die Zinsen jetzt wohl wieder steigen werden, sind vor allem die Sparkassen und VR Banken noch nicht über den Berg.

Obwohl die Niedrigzinsphase eine Weile anhält, hat sie immer noch Auswirkungen auf die Banken. Nun laufen die letzten Kredite mit höheren Zinsmargen aus, mit denen die Banken sich bis jetzt über Wasser gehalten haben.

Zudem besteht die Möglichkeit dass einige Unternehmen, nach dem Auslaufen der Staatshilfen oder durch die steigenden Zinsen, Energiepreise, Lieferkettenproblematik etc. ausfallen.

Vor allem Sparkassen und Volksbanken konnten in der Vergangenheit ihre GuV aufhübschen in dem sie Rückstellungen auflösen, die operative Ertragslage sieht allerdings deutlich schlechter aus. Auch günstige Neobanken setzen die Banken unter Druck und limitieren ihre Möglichkeit Grundgebühren zu erhöhen.

Anleihenkrise

Eine Anleihen Krise kann verschiedene mögliche Auslöser haben, wie eine mögliche Schuldenkrise in China, oder Insolvenzwellen teilweise bedingt durch Corona und ein Anheben der Zinsen in den USA oder Europa. In den USA sind beispielsweise schon acht Zinsschritte in den vier Quartalen von 2022 und 2023 geplant.

Auch mögliche Zinserhöhungen für das Bekämpfen einer möglicherweise permanenten Inflation könnte zum Zusammenbrechen des Anleihenmarkts beitragen.

Durch ein starkes Zurückfahren der massiven Anleihekaufprogramme der Fed und der EZB, die den Anleihemarkt kontrollieren, würde der Wert der gehandelten Anleihen auch schnell kollabieren.

Die Auswirkungen des Kollabieren des Anleihemarkts wäre enorm: Unternehmen würden von Banken kaum mehr Kredite bekommen und die Wirtschaft würde in eine tiefe Krise stürzen.

Auswirkungen für den Mittelstand

Absichern gegen möglichen Liquiditätsengpass:

- Sehr langfristige Kreditverträge.
- Möglichst Finanzierung aus eigenen Mitteln.
- Bankenunabhängige Finanzierung.

Erhöhung der Kreditwürdigkeit

- Professionelle Optimierung der Bilanzen, bspw. über Mezzaninekapital.
- Professioneller Umgang mit Banken, zum Beispiel im Reporting, aber auch bei Verhandlungen. (Zusammenarbeit mit unabhängigen Finanzierungsberatern)

Wahrscheinlichkeit:	Mittel
Auswirkung:	Hoch



Great Reset

Als „The Great Reset“ (englisch für „Der große Neustart“) bezeichnet das Weltwirtschaftsforum (WEF) seine Initiative, die Weltwirtschaft nach der COVID-19-Pandemie gerechter, sozialer und nachhaltiger zu gestalten und stärker an den Interessen der „Stakeholder“ auszurichten. Die Initiative wurde von WEF-Direktor Klaus Schwab entworfen und im Juni 2020 vorgestellt.

Als Voraussetzung für einen „Neustart“ braucht es laut Schwab folgende Entwicklungen:

1. Faire Märkte (Besser koordinierte Steuer- und Ordnungspolitik)
Einführung von Vermögenssteuern, Ausstieg aus der Förderung fossiler Brennstoffe, Neue Handels- und Wettbewerbsregelungen.
2. Eine grünere Welt
Förderung von Investitionen in Nachhaltigkeit sollen ein langfristig widerstandsfähigeres, gerechteres und nachhaltigeres System schaffen.
3. Eine klügere Welt
Wirtschaftliche Entwicklung und gesellschaftlicher Fortschritt sollen im Einklang sein. Dafür braucht es einen neuen Gesellschaftsvertrag.

Für die Erfüllung dieser Kriterien müssen globale Lösungen gefunden werden. Schwab und das World Economic Forum appellieren deshalb an die globalen Eliten, Staaten und Unternehmen, sich rasch der Initiative anzuschließen um die einmalige Möglichkeit zu nutzen, die komplette Weltwirtschaft umzubauen.

Aufgrund der stark unterschiedlichen Interessen in der Welt und einer unterschiedlichen Auffassung, wofür die globalen Ressourcen genutzt werden sollen, ist eine rasche Umsetzung der Initiative mit allen wichtigen Stakeholdern eher unwahrscheinlich. Die USA, China, Russland und die EU haben machtpolitische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Krisen in welchen sie gefangen sind. Die globalen Eliten verfolgen eigene Projekte (zum Beispiel Weltraumprojekte).

Trotzdem gibt es globale Entwicklungen, die ähnlich sind, wie der Plan des Great Resets, allerdings nur in kleineren Schritten vorankommen: Die Welt wird immer fairer, klüger und grüner.

Auswirkungen für den Mittelstand

Sollten sich tatsächlich die meisten großen Unternehmen, High-Net-Worth-Individuals und die mächtigsten Staaten, von den USA bis zu China der Initiative anschließen, würden Unternehmen die aktuell schon als nicht nachhaltig betrachtet werden oder Unternehmen, welche die Extreme in der Vermögensverteilung als Zielgruppe haben (extrem arm oder extrem reich) darunter stark leiden, während Unternehmen mit einem nachhaltigen langfristigen Fokus, die das Ziel haben, die Welt zum Besseren zu gestalten davon stark profitieren.

Wahrscheinlichkeit:	Mittel
Auswirkung:	Hoch

Eskalation in Taiwan

Taiwan – Zwischen Unabhängigkeit und drohender Invasion

Der Konflikt zwischen der Volksrepublik China und der Republik China (Taiwan) droht immer mehr zu eskalieren. Die Volksrepublik hat den Plan die demokratisch regierte Insel bis 2050 im Rahmen seiner expansionistischen One-China-Policy vollständig, ähnlich wie die ebenfalls vormals unabhängigeren Regionen Tibet und Xinjiang, sowie den Stadtstaaten Macau und Hong-Kong zu integrieren. Taiwan allerdings pocht auf seine Unabhängigkeit. Der Konflikt zwischen Taiwan, das von den USA unterstützt wird und der Volksrepublik ist von besonderer geopolitischer Brisanz, da es das erste Kräftemessen der Supermächte China und USA dieser Größenordnung ist. Für beide Mächte ist Taiwan von geopolitischer Bedeutung, da die Kontrolle über Taiwan vor allem für China ein enormer geostrategischer wichtiger Schritt für den militärischen Zugang zum Pazifik und damit zum Schutz von handelspolitischen Interessen und der Evolution von einer Regionalmacht zu einer Weltmacht ist. Die USA versucht seine Kontrolle im Pazifik zu behaupten und keinen Vertrauensverlust bei anderen Verbündeten zu provozieren.

Schon seit einiger Zeit scheint die Volksrepublik Vorbereitungen für ein Invasion Taiwans zu treffen, immer häufiger dringt sie nun auch mittels Flugzeugen in den Luftraum Taiwans ein, besonders seit Januar 2019. Auch die Drohungen in Richtung Taiwan seitens der kommunistischen Führung in Peking werden immer deutlicher. Politikexperten berichten zudem von Parteifunktionären, die auf ein sofortiges militärisches Handeln der Volksrepublik drängen. Gründe dafür sollen die aktuelle Schwäche des Westens sein, welcher vor allem durch Corona wirtschaftlich und gesellschaftlich härter getroffen ist als China. Auch die Niederlage in Afghanistan und die Anspannungen im Ukraine-Konflikt lassen den Westen in den Augen Chinas schwach und innerlich gespalten wirken, weshalb einige Parteifunktionäre nun eine einmalige Chance für eine „Vereinigung“ mit Taiwan sehen.

Eine militärische Invasion Chinas ist innerhalb der nächsten Jahre allerdings äußerst unwahrscheinlich. Experten schätzen, dass die Volksrepublik erst 2025 militärisch fähig wäre die Insel einzunehmen.

Allerdings ist der Konflikt trotzdem von enormer wirtschaftlicher Bedeutung, auch für Deutschland. China ist der zweitwichtigste Handelspartner Deutschlands und vor allem für die Automobilindustrie essentiell. Wirtschaftssanktionen in einem möglichen Konflikt zwischen der NATO und China wären für die exportlastige deutsche Wirtschaft verheerend. Auch Taiwan ist wichtig für die deutsche Wirtschaft: Ähnlich wie das Festland Chinas ist auch Taiwan eine Werkbank für die Welt. Zum Beispiel sitzt einer der größten Chiphersteller der Welt, TSMC in Hsinchu in Taiwan. Ein militärischer Konflikt in Taiwan, aber auch Sanktionen oder Handelsblockaden wären von enormer Bedeutung für die ganze Weltwirtschaft.

Auswirkungen für den Mittelstand

- Bei politischer oder militärischer Eskalation: Starke Disruption der Lieferketten aus Ostasien.
- Sanktionen gegenüber China würden eine Verschlechterung der Verhältnisse für deutsche Unternehmen auf Absatz- und Beschaffungsmarkt bedeuten.
- Sollte Taiwan politisch in die Volksrepublik eingegliedert werden, droht eine Zunahme der Marktmacht mit dem dann politisch verfeindeten China vor allem auf dem Halbleiter- und Chipmarkt.

Wahrscheinlichkeit:	Mittel
Auswirkung:	Hoch

China-Russland Allianz

Starke Sanktionen gegenüber Russland zum Beispiel aufgrund von militärischen Aggressionen gegenüber der Ukraine, könnte die Nuklearmacht zu einem Bündnis als Juniorpartner mit der Wirtschaftsmacht China drängen.

Ein China-Russland-Block wäre eine militärische und wirtschaftliche Supermacht, welche eine exklusive Einflusszone in Asien hätte. Sollten beide Parteien sich und ihre Einflusszone zu einem gemeinsamen Wirtschaftsblock zusammenschließen, Zölle untereinander abschaffen und Zölle nach außen erhöhen, hätte das eine drastische Deglobalisierung zur Folge.

Europa und der Westen würden dann an Handelsmacht verlieren und Importe aus China müssten entweder ersetzt werden oder wären deutlich teurer. Vor allem im exportabhängigen Deutschland wäre ein wirtschaftlicher Abschwung die Konsequenz.

Zudem haben sich beide Mächte in der Vergangenheit als Aggressoren herausgestellt. Eine Allianz könnte ein deutlich höheres politisches Risiko für Unternehmen die in Asien, besonders in

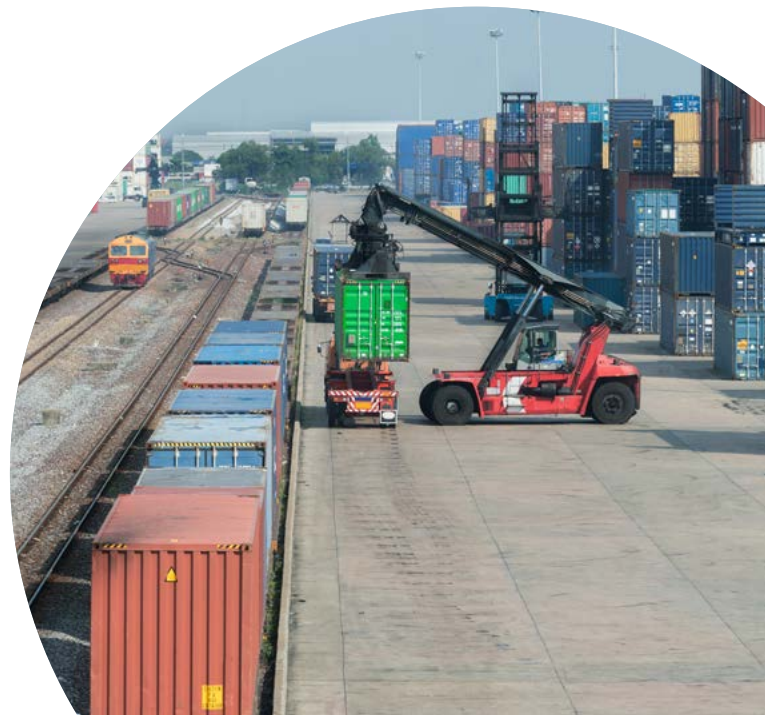
Taiwan oder Südostasien, dem mittleren Osten, oder in Osteuropa tätig sind bedeuten. Aufgrund des starken Einflusses Chinas in Afrika, hätte eine chinesisch-russische Abschottung gegenüber dem Westen auch Einfluss auf europäische wirtschaftliche Aktivitäten im Wachstumsmarkt Afrika.

Auswirkungen für den Mittelstand

- Schwierigere wirtschaftliche Aktivität in Russland und China.
- Weniger Konkurrenz aus China im europäischen Markt.
- Politische Instabilität und wirtschaftliche Unsicherheit in Osteuropa, Südostasien und Afrika.

Wahrscheinlichkeit: Mittel

Auswirkung: Mittel



China als größte Wirtschaftsmacht

Aufgrund der effektiven Pandemiebekämpfung und der anhaltenden wirtschaftlichen Probleme der USA wird prognostiziert, dass China die USA 2028 als größte Wirtschaftsmacht der Welt ablöst – fünf Jahre früher als vor der Pandemie prognostiziert.

Zudem zeigt China jetzt schon Anzeichen, sich wirtschaftlich mehr auf die Stärkung des Binnenmarktes zu konzentrieren und sich unabhängiger von Exporten zu machen. Zusätzlich beklagen sich immer mehr ausländische Unternehmen, dass es im Absatzmarkt China schwieriger wird, sich gegen die bevorteilten Staatskonzerne durchzusetzen.

Besonders in Kerntechnologien werden chinesische Unternehmen stark unterstützt, Mitbewerber aus dem Ausland haben kaum eine Chance preislich mitzuhalten. Da die chinesische Wirtschaft schon jetzt immer hochwertigere und technisch versierte Produkte herstellt, wird es auch schon bald für ausländische Unternehmen schwierig, sich über Technik oder Image zu differenzieren. Selbst in der deutschen Kernkompetenz des Maschinen-Exportierens wurde die Bundesrepublik 2020 von China von Platz 1 der weltweiten Rangliste verdrängt.

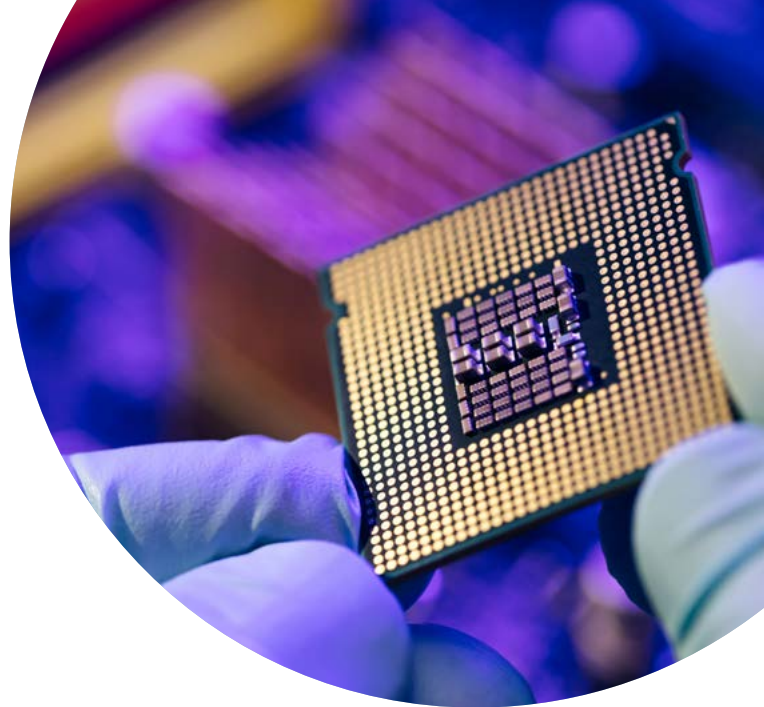
Diese wirtschaftliche Stärke Chinas wird sich auch politisch zeigen. Einige Projekte wie die sogenannte neue Seidenstraße, das Aufrüsten des Militärs, der Investitionen in neue Technologien und seltene Rohstoffe sowie Drohungen gegenüber Taiwan und Spannungen im südchinesischen Meer lassen schon darauf schließen, dass China auf das Zeitalter der USA, der Pax Americana ein Chinesisches Zeitalter folgen lassen möchte, eine Pax Sinica. Der Konflikt zwischen den USA, bzw. dem Westen und der Volksrepublik hat nicht nur volkswirtschaftliche und politisch/militärische Dimensionen, sondern findet auch auf kultureller und ideologischer Ebene statt.

Historiker weisen darauf hin, dass in der Vergangenheit Konflikte, bei denen ein aufstrebendes Land den Status des Platzhirschen bedroht, meist militärisch gelöst wurden. Allerdings ist die Vergangenheit nicht zwingend auf die Zukunft zu übertragen und Politikexperten weisen darauf hin, dass seit es Nuklearwaffen gibt, ein direktes Aufeinandertreffen zweier Großmächte unvorstellbar geworden ist. Sie gehen davon aus, dass sich eine Deglobalisierung in Gang setzen könnte, aus der sich zwei Weltordnungen mit zwei exklusiven Einflusszonen etablieren könnten, ähnlich wie im kalten Krieg. Beide Szenarien wären extrem schädlich für die deutsche Wirtschaft.

Auswirkungen für den Mittelstand

- Importe aus China werden teurer.
- Erschwerter Zugang zum chinesischen Markt.
- Ein politischer Konflikt mit einer Einschränkung des Freihandels wäre für die deutsche Wirtschaft so schädlich, dass jedes einzelne Unternehmen es zu spüren bekäme, da China nicht nur wichtig als Beschaffungs- sondern auch extrem wichtig für den Absatzmarkt ist.
- Es könnte sich langfristig lohnen, sich rechtzeitig nach alternativen Lieferanten innerhalb der Region, Deutschland oder Europa umzuschauen.

Wahrscheinlichkeit:	Hoch
Auswirkung:	Mittel

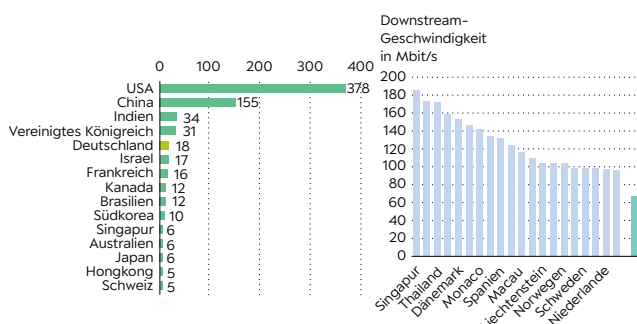


Technologisches Zurückfallen Deutschlands

In den letzten 30 Jahren wurden einige neue Industrien geschaffen: Computer, Smartphones, Internet, Suchmaschinen, Cloud, Soziale Netzwerke etc. In den meisten davon sind die USA oder China führend. Aber auch innerhalb von Europa gibt es technologische Vorreiter, zum Beispiel die skandinavischen und die Benelux Staaten, Großbritannien und Irland.

Nicht nur bei der Benutzung von Fax-Geräten zur Übermittlung der aktuellen Corona-Fallzahlen im Gesundheitssystem macht sich Deutschlands technologischer Rückstand bemerkbar. In keiner der obengenannten Technologien sitzen führende Unternehmen in Deutschland. Zusätzlich brechen in den Kernindustrien Maschinenbau durch das Aufholen Chinas und Automobilindustrie durch neue Player und die Technologieumstellung langfristig Umsätze weg.

Anzahl der Hörer*innen weltweit nach Ländern im ersten Halbjahr des Jahres 2021 und Länder mit der höchsten Internet-Verbindungsgeschwindigkeit weltweit 2021



Journalisten weisen allerdings darauf hin, dass es in Deutschland nicht an Forschung fehlt, sondern an Kapital, gute Ideen umzusetzen, und die globale Skalierung durchzufinanzieren. Innovationen, die eigentlich in Deutschland erfunden wurden werden so oft im Silicon Valley in den USA kommerzialisiert. Dies habe unter anderem auch mit der hohen Bürokratie und dem hohen Aufwand einer Unternehmensgründung in Deutschland zu tun. Insbesondere in den Bereichen künstliche Intelligenz, Big Data und Data Analytics wird „Innovation in Europe“ oft durch hohe Datenschutzrichtlinien gehemmt.

Langfristig entsteht durch ein technologische Zurückfallen Deutschlands ein Risiko für die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt. Hoffnung für neue moderne Industriezweige in Deutschland macht allerdings eine neue Bundesregierung, die einen höheren Fokus auf die Start-Up Förderung setzt. Zudem machen vor allem im Gesundheits-/Pharmabereich, als auch in der Automobilindustrie neue deutsche Innovationen auf sich aufmerksam, aus welchen sich neue Kernindustrien bilden könnten, bzw. alte erhalten bleiben.

Auswirkungen für den Mittelstand

- Für ein wettbewerbsfähiges Produzieren wird die digitale Unterstützung immer wichtiger.
- Förderungen durch die Bundesregierung können Unternehmen beim Investieren in neue Technologien entlasten.

Wahrscheinlichkeit: Mittel
Auswirkung: Mittel

Cyberattacken

Öffentliche Infrastruktur und Unternehmen

Durch den Digitalisierungsschub während der Coronapandemie nehmen auch die Anreize und Möglichkeiten von Cyberkriminellen zu, die digitale Infrastruktur von Unternehmen anzugreifen und aus den Daten oder durch Erpressung Profit zu schlagen. Im Q4 2021 lag die Zahl der wöchentlichen Angriffe auf Unternehmen bei 925 – 50% mehr als im Vorjahr 2020.

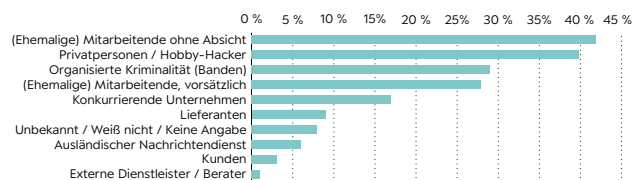
Die Angreifer sind allerdings entgegen der Erwartungen und geläufiger Meinung meist nicht ausländische Geheimdienste, sondern häufig (ehemalige) Mitarbeitende, Privatpersonen, oder Hackerbanden. Allerdings kommt auch fast jeder fünfte Angriff von einem konkurrierenden Unternehmen.

In 56% aller Cyberattacken wird die sogenannte Phishing Methode eingesetzt, bei der Mitarbeiter gefälschte E-Mails mit infizierten Anhängen oder Links öffnen. Die Schwachstelle in der IT-Sicherheitsarchitektur ist also oft der Mensch selbst.

Die Risiken von Cyberattacken auf Unternehmen sind groß, die Konkurrenz kann wichtige Daten stehlen, dies schwächt die eigene Marktposition. Durch einen Systemabsturz kann der Geschäftsbetrieb komplett unterbrochen werden und Erpresser können durch hohe Lösegeldsummen die eigene Liquidität beeinträchtigen. Zudem droht ein Imageverlust bei externen Stakeholdern und bei eigenen Mitarbeitern.

Auch Cyberattacken auf Regierungen und die staatliche Infrastruktur, wie zuletzt in der Ukraine sind ein langfristiges Risiko, das sich auch auf Unternehmen nicht nur in dem entsprechenden Land auswirkt.

Umfrage unter deutschen Unternehmen zum Täterkreis von Cyber-Attacken im Jahr 2021



Auswirkungen für den Mittelstand

Da ein Großteil der Cyberattacken durch einfache Techniken wie Phishing Mails und unvorsichtige Mitarbeiter ausgelöst wird, ist es relativ einfach für Unternehmen diese Angriffe zu verhindern, indem die eigenen Mitarbeiter geschult und sensibilisiert werden und Tools wie virtuelle Browser eingesetzt werden.

Wahrscheinlichkeit:	Niedrig-Mittel
Auswirkung:	Mittel-Extrem

„Make America Great Again ... Again“

Seit Anfang 2021 nehmen die Beliebtheitswerte von US-Präsident Joe Biden kontinuierlich ab. Mittlerweile sind sie nur noch knapp über der 40% Marke. 2022 finden in den USA die sogenannten Midterm-Wahlen statt, bei denen die Demokraten ihre Mehrheit im Kongress und im Senat verlieren könnten, was die Biden-Regierung faktisch handlungsunfähig machen könnte.

Ein Stillstand der amerikanischen Politik und eine geschwächte US-Wirtschaft hätte auch für Deutschland negative Folgen.

Zudem ist eine Rückkehr von Donald Trump nach der Präsidentschaftswahl 2024 durchaus möglich. Dies würde wieder eine unberechenbarere US-Außenpolitik mit möglich Zöllen, Handelsstreits und auch höherem Risiko an anderen Krisenherden, wie in Taiwan, der Ukraine, Russland und China bedeuten. Auch eine Präsidentschaft des extrem linken Parteiflügels der Demokraten hätte allerdings Risiken, besonders für die Wirtschaft in Amerika – und damit auch für die Weltwirtschaft.

Auswirkungen für den Mittelstand

- Abschwung oder Stagnation der amerikanischen Wirtschaft, im Falle einer zersplitterten Regierung oder Regierung der extrem Linken hätte Auswirkungen auf deutsche Exporte in die USA.
- Auch durch neue Zölle einer möglichen zweiten Trump-Regierung – und den entsprechenden Gegenmaßnahmen der EU würde der deutsche Außenhandel und etablierte globale Wertschöpfungsketten gestört werden.
- Unternehmen die autonomer wirtschaften und einen möglichst großen Teil ihrer Unternehmung in der Region ausrichten sind weniger anfällig für Disruptionen des Außenhandels.

Wahrscheinlichkeit: **Mittel**

Auswirkung: **Mittel**



**WE ONLY
LOSE IF
WE STOP
FIGHTING**



Culture Wars

Vor allem im Westen wird die politische und gesellschaftliche Spaltung immer tiefer. Gründe und „Schlachtfelder“ gibt es viele:

- Soziale Ungleichheit (Frustration mit fehlenden Aufstiegschancen bzw. Angst vor sozialistischen Zuständen)
- Umgang mit Corona (Lockdowns, Impfpflicht, Verschwörungstheorien)
- Genderthematik (Gendern, Frauenquote, Pronomen, LGBTQ+)
- Umgang mit Rassismus (Systemischer Rassismus ja oder nein, gibt es gesellschaftliche Privilegien)
- Klimawandel (menschengemacht oder nicht / Umgang damit)
- Allgemeine Verschwörungen (globale Elite etc.)

Zwar ist die Polarisierung in Amerika zum Beispiel noch extremer, allerdings haben auch Unternehmen in Deutschland mit einer polarisierten Gesellschaft zu kämpfen, in der eine abgewägte Unternehmenskommunikation wichtiger ist denn je.

Durch die schnelle technologische und gesellschaftliche Entwicklung besteht das Risiko, dass sich immer mehr Teile der Gesellschaft abgehängt fühlen.

Schon bei den öffentlichen Impfaufrufen der großen deutschen Unternehmen auf Social Media Ende 2021 ist bemerkbar geworden, dass ein Mitmachen, oder auch ein Nicht-Mitmachen massive Auswirkungen auf das Image des Unternehmens in verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, aber auch unternehmensintern hat. Wenn Mitarbeiter sich der in einem Unternehmen dominierenden Kultur nicht angehörig fühlen, sind sie weniger produktiv, auch Kunden können abgeschreckt werden. Besonders herausfordernd ist allerdings, dass es Unternehmen

in vielen Bereichen unmöglich ist, sich nicht zu positionieren. Mit einem Impfaufruf zum Beispiel fühlen sich Impfgegner vor den Kopf gestoßen, mit einem Ignorieren der Pandemie werfen Extremisten auf der anderen Seite ein Verharmlosen der Pandemie und das Ignorieren von gesellschaftlicher Verantwortung vor.

Nach dem Sturm aufs Kapitol am 06. Januar 2021 wurde klar, dass auch das Szenario eines Bürgerkriegs, bzw. eines Putsches in einer westlichen, entwickelten Demokratien durchaus nicht unmöglich zu sein scheint.

Auswirkungen für den Mittelstand

- Abgewogene und durchdachte Unternehmenskommunikation ist wichtig.
- Auch intern wird Kultur und politische Positionierung immer wichtiger.
- Ein nicht-Positionieren und Ausweichen wird immer schwieriger, einige Fragen verlangen eine Antwort. (Gendersprache Ja/Nein; Frauenquote Ja/Nein, Nachhaltigkeit Ja/Nein; Impfpflicht Ja/Nein)

Wahrscheinlichkeit:	Hoch
Auswirkung:	Mittel



Mutierter Corona-Virus

Es liegt in der Natur von Viren sich bei der Vermehrung zu verändern. Diese zufällig auftretenden Mutationen (Virusvariationen) des Virus ändern meist nicht das Infektionsgeschehen. Varianten die allerdings zum Beispiel deutlich ansteckender oder resilienter sind, können sich im Laufe der Zeit gegen die ursprüngliche Version des Virus durchsetzen. Seit dem Beginn der Corona-Pandemie Anfang 2020 ist das Coronavirus unzählige Male mutiert, einige daraus entstehende Varianten hatten eine erhöhte Ansteckungsrate und konnten sich so gegen die Ursprungsversion und andere Varianten durchsetzen.

Grundsätzlich gilt: je öfter sich das Virus kopiert (je höher das globale Infektionsgeschehen), desto höher ist die Wahrscheinlichkeit von Virusvarianten. Mit der globalen Verbreitung von Omikron, das noch ansteckender ist als die vorherigen Varianten hat auch das Infektionsgeschehen und damit die Wahrscheinlichkeit für globale Mutationen ein neues Ausmaß erreicht.

Selbst wenn aufgrund der geringeren Tödlichkeit von Omikron und der zunehmenden Immunisierung der Bevölkerung weniger Menschen sterben, besteht trotzdem noch eine höhere Wahrscheinlichkeit von Virusvarianten, die unter Umständen auch wieder gefährlicher als Omikron selbst sein könnten oder gegen welche die entwickelten Impfstoffe keine Wirksamkeit haben. Dann gäbe es wieder eine ähnliche Lage mit Einschränkungen der Grundrechte und einer Wirtschaft im Lockdown wie im Jahr 2020 und 2021.

Auswirkungen für den Mittelstand

Sollte sich tatsächlich eine Variante verbreiten, welche noch gefährlicher ist als die ursprüngliche Varianten, würde das wieder Lockdowns, Kontaktbeschränkungen, Einreiseverbote, Produktionsstopps und eine Unterbrechung der globalen Lieferketten bedeuten. Die Abhängigkeit von Unternehmen, insbesondere den sowieso schon angeschlagenen KMU gegenüber den Staatshilfen würde sich enorm erhöhen.

Unternehmen die auf globale Lieferketten angewiesen sind, im Reisegewerbe tätig sind, körpernahe Dienstleistungen anbieten etc. wären unter extremen Druck.

Unternehmen die nicht in diesen Bereichen tätig sind, schützen sich, unabhängig von den anderen Vorteilen durch eine rasche Digitalisierung. Mit der Flexibilität komplett mobil und vom Home Office zu arbeiten sichern sie sich einen Wettbewerbsvorteil in Zeiten der Krise.

Regionale Lieferketten und Absatzmärkte schützen zudem vor den Risiken globaler Lieferketten und Einreiseverboten.

Wahrscheinlichkeit:	Mittel
Auswirkung:	Mittel

Naturkatastrophen (durch Klimawandel)

Naturkatastrophen werden durch den Klimawandel immer wahrscheinlicher. Auch in Deutschland nehmen Naturkatastrophen immer mehr zu, die wirtschaftlichen Schäden sind jedes Mal enorm. Nicht nur Flutkatastrophen wie 2021 sind möglich, sondern auch extreme Dürren im Sommer, oder stärkere Stürme.

Nach Berechnungen der Swiss RE könnten die Schäden in Deutschland durch Naturkatastrophen bis 2040 um 90% zunehmen.

Auch Prämien für Elementarschadenversicherungen werden immer teurer. Sogar Pflichtversicherungen, die von Verbraucherschützern gefordert werden, sind mittlerweile sogar schon im Gespräch. Das Risiko, bzw. die höheren Kosten liegen somit beim Unternehmer. Vor allem in Gebieten, die stark von Naturkatastrophen bedroht sind, zum Beispiel direkt an Flüssen, lassen sich Elementarschadenversicherungen kaum bezahlen. Aufgrund des höheren Risikos für alle Unternehmen in Deutschland rechnen die Versicherer allerdings nicht nur mit höheren Prämien, sondern auch mit deutlich mehr Versicherten. Das bedeutet steigende Kosten für die deutsche Realwirtschaft.

Durch die globalen Lieferketten sind wir in Deutschland auch von Naturkatastrophen am anderen Ende der Welt betroffen. Bei der Flutkatastrophe 2011 in Japan zum Beispiel konnten mehrere Zu-

lieferer der deutschen Automobilindustrie nicht mehr produzieren, was wiederum einen Produktschrott im Automobilsektor zur Folge hatte. Sollten sich solche Katastrophen weltweit häufen, würde dies auch Unternehmen in Deutschland konstant belasten.

Auswirkungen für den Mittelstand

- Eine Naturkatastrophe wie die Flutkatastrophe 2021 kann existenzvernichtende Auswirkungen auf ein Unternehmen haben. Teure Elementarschadenversicherungen beeinträchtigen allerdings langfristig die Ertragslage.
- Abwägen, wie hoch das Risiko ist und ob eine Elementarschadenversicherung sich lohnt.
- Bei Expansionen und Standortwahl auf mögliche Naturkatastrophen achten.
- Lieferanten und Kunden diversifizieren, um Ausfälle kompensieren zu können.

Wahrscheinlichkeit:	Mittel
Auswirkung:	Mittel

Blackouts

Durch den Ausstieg aus der Kernenergie 2022 und aus der Kohlerverbrennung bis 2030 fallen in Deutschland die Stromquellen mit der höchsten Versorgungssicherheit weg. 2021 hatte die Kernkraft noch einen Anteil von 12,5% im deutschen Strommix, Braun- und Steinkohle von 28,1%. Vor allem Windkraft und Solarenergie, die einen Großteil der erneuerbaren Energien ausmachen schwanken stark in der Leistung. Es gibt noch nicht genügend Möglichkeiten, Strom aus schwankenden erneuerbaren Energien zu speichern, um eine längere Zeit ohne Wind, bzw. Sonne zu überbrücken. Als versorgungssicherere verbleibende Energien sind Biomasse, Erdgas und Wasserkraft übrig.

Der Stromverbrauch in Deutschland schwankt zwischen 40 bis 80 Gigawatt. Die Herausforderung besteht darin, dass die Einspeisung von Energie ins Netz zu jedem Zeitpunkt identisch mit dem Verbrauch sein muss. 2022 werden allerdings Kernkraftwerke mit einer Leistung von 10 Gigawatt und Kohlekraftwerke mit 12 Gigawatt vom Netz genommen. Schon jetzt wird vor allem an Winterabenden ohne Wind (Dunkelflaute), bei denen die Grundversorgung aus Kohle, Gas und Kernenergie nicht ausreicht, Strom aus dem europäischen Ausland bezogen. Wenn sich die Elektromobilität immer mehr durchsetzt, wird vor allem in den dunklen Abend und Nachtstunden, wenn die meisten Menschen zuhause sind und ihr Auto laden, ein höherer Verbrauch entstehen. Bei einem großen unerwarteten Defizit würde dann auch ein Ausgleich aus dem Ausland wenig bringen, da die deutschen Netze nicht darauf ausgelegt sind, viel Strom über lange Strecken zu transportieren.

Nachdem die Stromnetze kollabiert sind, müssen Verbraucher und Einspeiser dann erst langsam wieder ans Netz genommen werden, sodass zu jedem Zeitpunkt die Einspeisung und Verbrauch gleich sind. Dieser Prozess kann mehrere Wochen dauern, in denen es keinen Strom in großen Teilen des kollabierten Gebiets gibt, was selbstverständlich verheerende Auswirkungen für die Wirtschaft hätte.

Eine Simulation des Fraunhofer-Instituts mit 60 Millionen verschiedenen Szenarien, prognostiziert allerdings zu beinahe 100%, dass die Versorgung in Europa sichergestellt ist. Trotzdem bleibt ein Restrisiko.

Auswirkungen für den Mittelstand

- Je nachdem wie lange und ob selbst davon betroffen oder nicht: Nur Disruption der Lieferketten oder sogar kompletter Umsturz der Gesellschaft.
- Absicherung der Risiken: Eventuell autonome Stromversorgung über Solar, oder Notstromgeneratoren möglich?

Wahrscheinlichkeit:	Sehr Niedrig
Auswirkung:	Enorm

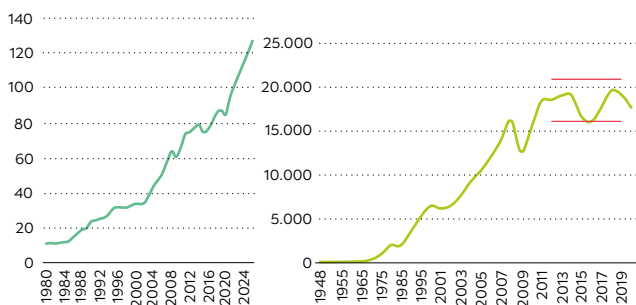


(De-)Globalisierung als Megatrend?

Wirtschaftliche Deglobalisierung

Seit ungefähr zehn Jahren stagniert das globale Handelsvolumen, während das weltweite Bruttoinlandsprodukt stetig wächst. Seit der Wirtschaftskrise 2009 wurde die Handelspolitik global immer protektionistischer. Zur Stärkung des amerikanischen Binnenmarkts startete Barack Obama 2009 eine buy-american Initiative, darauf folgten später Anti-Dumping Zölle der EU, Strafzölle von Donald Trump gegen die EU und China mit entsprechenden Gegenmaßnahmen und dann im Jahr 2020 die Coronakrise. Während China sich außenpolitisch mittlerweile mehr engagiert, widmet es sich wirtschaftlich nun einer Stärkung des Binnenmarkts.

Bruttoinlandsprodukt in Billionen US-Dollar und Handelsvolumen weltweit (Exporte) bis 2020



Kulturelle Globalisierung

Trotzdem wird „Globalisierung“ immer noch als einer der Megatrends des Zukunftsinstituts genannt. Dies liegt vor allem daran, dass das Zukunftsinstitut Globalisierung weiter als den bloßen Austausch von Waren sieht, wie einer globalen Protestkultur, zunehmender Migration hochqualifizierter Fachkräfte, einem zurückgehendem Nationalbewusstsein bei jungen Menschen, sowie einer schnellen Entwicklung des afrikanischen Kontinents.

Auswirkungen für den Mittelstand

Sollte der Trend der steigenden Zölle und protektionistischen Maßnahmen weitergehen, sollte dieses Kriterium jetzt schon beim Eingehen von langfristigen Lieferantenbeziehungen mit bedacht werden.

Wahrscheinlichkeit: Hoch
Auswirkung: Mittel

New Work

Corona beschleunigt New Work

Remote Work

Was für Viele während des Lockdowns einen negativen Zwang darstellte, ist nun die neue Realität. Das Homeoffice ist vor allem aus dem Arbeitsleben vieler Büroangestellter kaum mehr wegzudenken und Vor- und Nachteile sind vielen bewusst geworden. Nach der Pandemie wird die Arbeit wohl wieder mehr in die Büros verlagert, um Schwächen und Stärken der beiden Arten zu arbeiten auszunutzen. So kann im Home-Office konzentriert und produktiv gearbeitet werden, während Büros eher zum Treffpunkt werden, an dem wichtige Meetings abgehalten werden und an der Unternehmenskultur gearbeitet wird.

Work-Life-Blending und New Leadership

Die Möglichkeit von Remote-Working in vielen Unternehmen beschleunigte zudem den Trend des Work-Life-Blending, also dem Vermischen von Arbeit und Freizeit. So ist es Arbeitnehmern immer mehr möglich, flexibel von dort aus zu arbeiten, wo sie nach der Arbeit ihre Freizeit verbringen möchten. Besonders für Eltern, insbesondere Alleinerziehende bietet dies

die Chance sich einem Vollzeitjob zu widmen und trotzdem nicht die Flexibilität aufzugeben, welche das Eltern-sein benötigt. Durch das Ermöglichen von Remote-Work können Unternehmen so dieses sonst ungenutzte Potenzial wieder in ihr Unternehmen integrieren. Arbeitnehmer, denen das Vertrauen völliger Freiheit bei der Wahl des Arbeitsorts- und der Arbeitszeiten geschenkt wird, also welchen das Vertrauen geschenkt wird, dass Freiheiten genutzt – aber nicht ausgenutzt werden sind deutlich motivierter.

Automatisierung

Der verstärkte Einsatz von Künstlicher Intelligenz, Smarter Software, Optimierung von Prozessen und anschließende Automatisierung, zum Beispiel mit RPA, bedeutet, dass immer mehr eintönige und sich wiederholende Arbeit von Maschinen übernommen wird. Das bedeutet zum einen, dass Mitarbeiter sich stetig weiterbilden müssen um dem Wegrationalisieren ihrer bisherigen Arbeit zu entfliehen – und um die neuen Tools bedienen zu können. Auf der anderen Seite bedeutet das, dass klassische Büroarbeit anspruchsvoller und geistig anregender wird. Empathie, Intuition und Kreativität werden umso wichtiger.



Sinn-Ökonomie

Arbeitnehmer achten bei der Wahl ihres Jobs immer mehr darauf, dass die Arbeit mit ihren Werten übereinstimmt und die Produkte und Dienstleistungen, die vom Unternehmen verkauft werden auf ihre Vision der Zukunft einzahlen. Arbeitnehmer, die sich mit den Werten ihres Arbeitgebers identifizieren sind beispielsweise deutlich seltener krank. So entwickelt sich CSR immer mehr zu einem Schlüsselinstrument für Unternehmen, das zur Differenzierung auf nicht nur dem Absatzmarkt, sondern auch dem Arbeitsmarkt und sogar den Kapitalmärkten beiträgt.

Metaverse

Das Metaverse ist ein virtueller dreidimensionaler Raum, der 2020 von den Pionieren „Decentraland“ und „The Sandbox“ erstmals mittels NFTs umgesetzt wurde. Nun arbeiten auch Facebook, das sich sogar in Meta umbenannt hat, und Microsoft, das das Metaverse in Teams einbinden möchte an einer jeweils eigenen Umsetzung. Für New Work, insbesondere für eine lebendigere Ausgestaltung von Remote-Work wird wohl insbesondere Mesh von Microsoft interessant sein. Dadurch wird es möglich sein, mit

Kollegen, zunächst über Avatare und später über eine sogenannte Holoportation, also mit dem echten Erscheinungsbild mit Kollegen in einem 3-Dimensionalen virtuellen Raum mittels VR-Brille zusammenzuarbeiten. Das Metaverse ist aktuell immer noch in der Entwicklungsphase und die Vision des Metaverse ändert sich noch ständig. Trotzdem sollte man auf eine Zukunft vorbereitet sein, in der Virtuelles und Reales immer mehr verschmelzen und virtuelle Zusammenarbeit immer realistischer und interaktiver wird, vor allem da mit Meta, Microsoft und Gerüchten zufolge auch Apple, die Unternehmen mit dem weltweit größten Know-How und Kapital an der Umsetzung arbeiten.



Zukunftsthemen des Zukunftsinstituts

Die Sinnfrage wird zentral.

New Work bietet die Chance, persönliche Potenziale und Neigungen zu entfalten. Denn in Zukunft wird eine Vielzahl anstrengender, monotoner und repetitiver Vorgänge von Maschinen erledigt. Damit rücken urmenschliche Fähigkeiten wie Kreativität und Empathie wieder in den Fokus. Das Lösen von Zukunftsaufgaben bestimmt das Tun und stiftet einen neuen Sinn von Arbeit.

Die 30-Stunden-Woche wird das neue Vollzeit.

Skandinavische Länder leben in Sachen Arbeitszeit schon heute das Arbeitsideal der Zukunft: Weniger ist mehr. Arbeitszeit wird nicht mehr als Wochenkontinuum verstanden, sondern als flexibles Kontingent, das sich individuellen Situationen und Lebensphasen anpassen kann. Die 30-Stunden-Woche als Vollzeit macht mitunter produktiver und lässt Krankenstände schrumpfen.

Remote Work macht das Büro attraktiv.

Während Remote Work von konzentrierten Deep-Work-Phasen geprägt ist, wandelt sich das Büro der Zukunft vom Arbeitsort zum Hub für Co-Creation und Co-Working, für reale zwischenmenschliche Beziehungen und echte Unternehmenskultur. Das Büro der Zukunft ist der Ort, an dem Unternehmenswerte gelebt werden, Wir-Gefühl entsteht und an dem gemeinsam Neues geschaffen wird.

Work-Life-Blending ersetzt Work-Life-Balance.

Die ewige Suche nach der Balance zwischen Arbeit und Freizeit war stets konfliktbehaftet, denn irgendwas kommt immer zu kurz. Work-Life-Blending entzerzt diese Konflikte: Wo die Grenze zwischen Arbeits- und Privatleben verschwindet, können persönliche Bedürfnisse im Tagesverlauf besser berücksichtigt werden. Das schafft nicht nur Entspannung und mehr Lebensqualität, sondern steigert auch die Freude an der Arbeit.

Auswirkungen für den Mittelstand

- Unternehmen haben Zugang zu mehr potentiellen Arbeitnehmern – und mehr Know-How durch flexible Rahmenbedingungen.
- Vor allem in Verbindung mit dem Fachkräftemangel ist es notwendig Sinn, Freiheit und Flexibilität zu bieten um die besten Fachkräfte zu bekommen.
- Die Umstellung auf Remote Work und Homeoffice ist nicht ein einziges Projekt sondern ein stetiger Prozess, da sich der Status-Quo des Remote-Working aufgrund neuer Technologien stetig ändert.

Wahrscheinlichkeit:	Hoch
Auswirkung:	Mittel

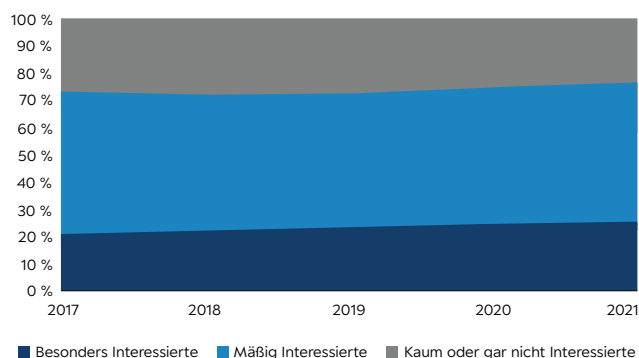
Neo-Ökologie

Umweltbewusstsein und Nachhaltigkeit werden immer bedeutender: In den letzten Jahren haben sowohl das Bewusstsein in der Gesellschaft, als auch die Maßnahmen der Politik zugenommen.

Auch für Unternehmen ist es deshalb wichtig, sich umweltfreundlich zu positionieren, zum einen um die steigenden Umweltafgaben zu reduzieren, zum anderen um sich nicht den Kunden und Mitarbeitern zu verschließen, die immer mehr Wert auf einen umweltbewussten Arbeitgeber im Kontext einer Sinn-Ökonomie legen.

Vor allem junge Generationen geben an, dass ihnen Status und Gehalt weniger wichtig sind. Dafür gewinnen Nachhaltigkeit und Gemeinwohl immer mehr an Wert.

Umfrage in Deutschland zum Interesse an Naturschutz und Umweltschutz bis 2021



Neo-Ökologie bedeutet nicht nur Einschränkungen, sondern zielt auf eine neue Art von Konsum ab, bei dem ein intelligenter Umgang mit den vorhandenen Ressourcen das Ziel ist. Das bedeutet, dass neue Technologien und Konsumeinschränkungen zusammen auf die Vision einer nachhaltigeren Welt einzahlen.

Beispiele für das Wirken von Neo-Ökologie im gesellschaftlichen Mainstream sind: ESG-Geldanlagen, Verbote von Einwegplastikartikeln, Elektrifizierung des Verkehrs, CO₂-Abgaben, Öko-Strom, etc.

Auswirkungen für den Mittelstand

- Ein umweltfreundliches Geschäftsmodell ist essentiell.
- Auch neben dem Produkt oder der Dienstleistung an sich, ist es wichtig sich umweltfreundlich zu positionieren, zum Beispiel durch die Nutzung von Umweltstrom, Förderung von ÖPNV, E-Bikes, Elektroautos etc.
- Tue Gutes und spreche darüber.

Wahrscheinlichkeit: Hoch
Auswirkung: Mittel



Digitalisierung

Die Digitalisierung entwickelt sich immer weiter und nimmt immer größeren Einfluss auf Unternehmen und die Wirtschaftswelt. Nicht nur die bestehenden Industrien werden transformiert, es bilden sich auch neue Industrien und Branchen, die alte komplett ablösen. Nur Unternehmen, die dem Wandel proaktiv begegnen können langfristig wettbewerbsfähig bleiben. Unternehmen die einmal angehängt sind, holen nur schwer wieder auf, denn um später Daten mit künstlicher Intelligenz zu analysieren, müssen jetzt schon alle Prozesse im Unternehmen komplett digitalisiert sein: Wenn alle Daten nur auf Papier vorhanden sind, kann eine KI sie später auch nicht mehr analysieren. Wer in Digitalisierung investiert minimiert nicht nur seine langfristigen Risiken, sondern erhöht auch seine Chancen durch neue Geschäftsmodelle, präzise Datenanalyse, effektivere Werbung, Nutzen von Synergien und Reduzierung von Kosten, schneller Wissenstransfer und eine effektivere Zusammenarbeit.

Auswirkungen für den Mittelstand

- Um nicht abgehängt zu werden und eine Basis zu schaffen für weitere Innovationen, sollten Unternehmen zunächst ihre Infrastruktur modernisieren und Prozesse aufnehmen, optimieren und digitalisieren.
- Auch Schulungen von Mitarbeitern und Einstellungen von neuen digital affinen Mitarbeitern ist enorm wichtig. Mit Mitarbeitern, die sich gegen den digitalen Wandel sträuben, lässt sich keine Branche revolutionieren.

Wahrscheinlichkeit: Hoch

Auswirkung: Hoch

Silver Society

Im Jahr 2000 war der Anteil der Menschen über 65 in Deutschland noch 16,6%, mittlerweile liegt er bei über 22%. Dieser Trend wird sich noch fortsetzen.

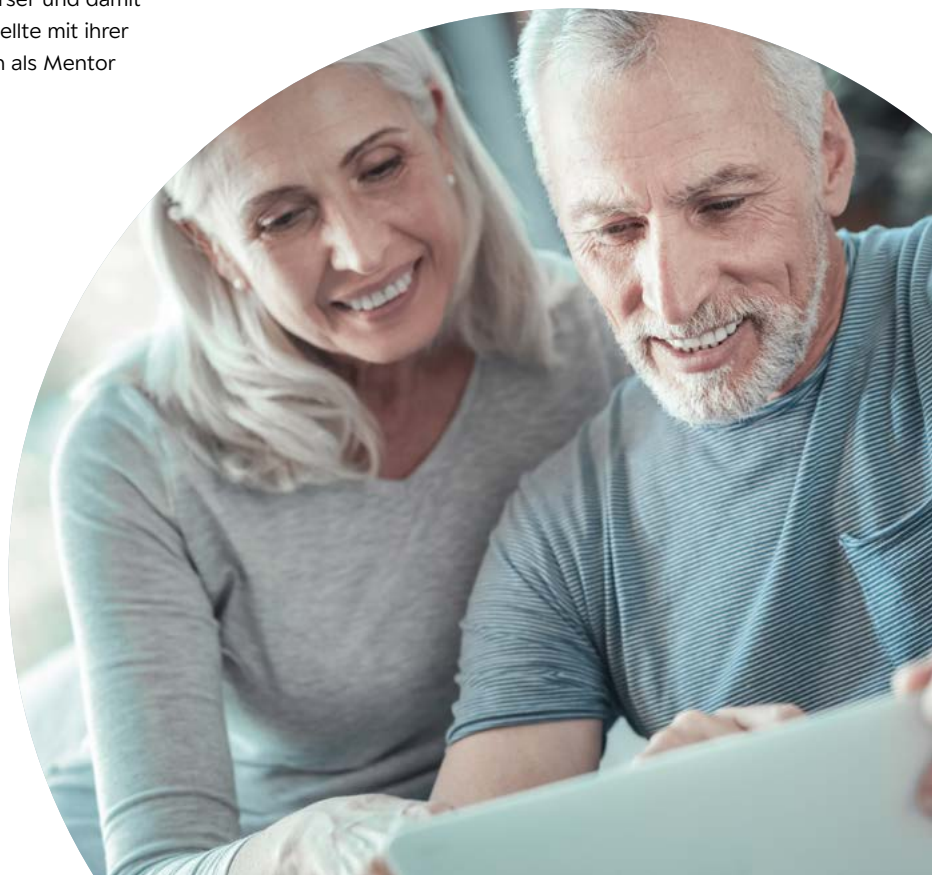
Ältere Menschen werden durch einen zunehmend gesünderen Lebensstil immer fitter. Auch die Medizin entwickelt sich immer weiter, so kann man heutzutage fast jedes Organ transplantieren und auch Krebs ist kein Todesurteil mehr. Dazu kommt, dass durch New Work die Arbeit immer flexibler in der Gesellschaft verteilbar wird, so wird es auch älteren Personen ermöglicht, länger im Berufsleben zu bleiben, in dem die Arbeit an ihre Lebensumstände und Bedürfnisse über flexible Arbeitszeiten und Remote Work angepasst wird.

Durch den Trend der Silver Society ergeben sich Risiken und Chancen für Unternehmen. Mögliche Risiken bestehen beispielsweise in erhöhten Krankenständen und einem höheren Bedarf an Fortbildungen in einer sich immer weiter entwickelnden Welt. Allerdings können ältere Menschen, die auch eine große Konsumentengruppe in der Gesellschaft ausmachen, das Unternehmen um neue Ideen bereichern und diverser und damit resilienter aufstellen. Zudem können ältere Angestellte mit ihrer Lebens- und Berufserfahrung, jüngeren Menschen als Mentor dienen.

Auswirkungen für den Mittelstand

- Gespräche führen mit noch berufsfähigen Arbeitnehmern, die kurz vor der Rente stehen über eine möglich Weiterbeschäftigung, zum Beispiel auf 450 Euro Basis.
- Priorisieren von New Work und innovativen Beschäftigungsmodellen.
- Auch im Absatzmarkt, dieser wichtiger werdenden Kundengruppe mehr Aufmerksamkeit schenken.

Wahrscheinlichkeit:	Hoch
Auswirkung:	Mittel





Ihr Ansprechpartner

Michael Lobmeier

Chief Invest Officer

Serviceline Manager Invest

phone +49 171 5 27 25 67

envelope michael.lobmeier@sym.eco

